

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

1906 Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Schwanstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Hg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, letzter Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergetheilte Beilage oder deren Raum 15 Hg. für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Hg. auswärtige Anzeigen 20 Hg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 112.

Wittwoch, den 16 Mai 1906.

13. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Schlächter und Fleischpreise.

Seit einiger Zeit sind die Viehpreise an den großen hiesigen Schlachtviehmärkten im Rückgang begriffen; teilweise haben sie sogar schon jenes Niveau wieder erreicht, das sie im April vorigen Jahres zu Anfang der großen Preissteigerung hatten. Als wir, so schreibt der „Vorwärts“ Ende April vorigen Jahres zuerst auf die einseitige Fleischsteuerung aufmerksam machten, kosteten am Berliner Schlachtviehmarkt vollfleischige Ochsen 138 bis 146 M., jüngere nicht ausgemästete Ochsen 128 bis 136 M., vollfleischige Kühe 112 bis 118 M. pro 100 Kilogramm Schlachtgewicht, während sich der Preis für Schweine bester Qualität auf 126 M., für Mittelware auf 120 bis 124 M. pro Doppelzentner Lebendgewicht — mit 20 Tara — stellte. Im Laufe des Jahres erhöhten sich die Preise immer mehr. Besonders zogen die Schweinepreise an, bis sie schließlich den enormen Stand von 164 M. für beste Ware erreichten. Seit einiger Zeit gehen die Preise jedoch wieder zurück. Es kosteten z. B. am Berliner Schlachtviehmarkt:

Pro 100 Kilogramm Schlachtgewicht:	
Vollfleischige ausgemästete Ochsen	142 bis 150 M.
Jüngere nicht ausgemästete Ochsen	130 „ 140 „
Pro 100 Kilogramm Lebendgewicht mit Tara:	
Schweine, besser Qualität	124 M.
„ mittlerer Qualität	120 bis 122 „

Demnach stehen zwar die Preise für Rindvieh zurzeit noch etwas höher, als im April vorigen Jahres; die Preise für Schweine haben aber ungefähr den früheren Stand wieder erreicht. Und dasselbe gilt von anderen größeren Viehmärkten. So stellten sich zum Beispiel die letzten Notierungen für beste Schweine zu dem Höchstpreis im vorigen Jahr (mit 20 Prozent Tara):

Ort	Früherer Preis	Heutiger Preis	Preisabschlag
in Breslau	67-71	55-59	12-13 M.
„ Danzig	57-68	44-46	12-13 „
„ Hamburg	76	62	14 „
„ Magdeburg	78-79	64	14-15 „
„ Köln	79	67	12 „
„ Essen	80	67	13 „
„ Leipzig	79	66	13 „
„ Mannheim	81	70	11 „
„ München	74-84	63-76	8-11 „
„ Nürnberg	79-80	68-70	10-11 „

Trotz dieses bedeutenden Preisrückganges halten die Preise im Detailhandel sich noch immer auf alter Höhe. Nur in einigen Gegenden haben vereinzelt die Schlächter die Schweinefleischpreise ermäßigt, das Gros der Herren Fleischermeister hingegen hält noch immer die Preise auf der Höhe, die diese im Spätherbst und im Winter erreichten, ohgleich sie heute das Vorhandensein um 15-20 Prozent billiger einkaufen. Es wiederholt sich die alte Geschichte, die wir schon am 8. August v. J. mit den Worten kennzeichneten:

Die Schlächter suchen nach dem Fall der Viehpreise ihre Verkaufspreise noch längere Zeit auf dem höheren Stand zu halten und folgen erst allmählich mit deren Ermäßigung. Allerdings hilft dafür auch die Erhöhung der Fleischpreise immer der Erhöhung der Viehpreise nach, doch läßt sich, wenn man die obige Zusammenstellung (die Schlachtvieh- und Fleischpreise) mit denen anderer Städte vergleicht, nicht bestreiten, daß die Schlächter schneller bei der Hand sind, bei einer Steigerung der Viehpreise ihre Verkaufspreise hinaufzusetzen, als sie im entgegengesetzten Fall zu ermäßigen.

Als im vorigen Jahre die Schlachtviehpreise stiegen, waren die Schlächtermeister unter Berufung auf die Steigerung sofort bei der Hand, die Detailpreise hinaufzusetzen, mehrfach sogar in noch stärkerem Maße, als dem Anstieg der Viehpreise an den Schlachtmärkten entsprach; jetzt aber wieder die Preise herunterzusetzen, fällt ihnen nicht ein. Gegen hohe Profite an sich haben sie nichts einzuwenden, nur gegen hohe Profite der Viehzüchter und Viehhalter kränzt sich ihr Gewissen. Hohe Profite der Schlächtermeister erscheinen ihnen dagegen völlig gerechtfertigt.

Es wird nötig sein, daß sich die Innungen und Interessenverbände des Schlächtergewerbes ernstlich mit der Frage beschäftigen und auf ihre allzu profitgierigen Mitglieder einen nachhaltigen Druck ausüben; sonst bleibt der Arbeiterlohn und ihrer Preise nichts anderes übrig, als gegenüber den Praktiken der Herren Schlächtermeister zu denselben Agitationsmitteln zu greifen, wie gegenüber den Agrariern.

Recht eigenartig ist das Verhalten der Liberalen Presse. Als die Viehpreise stiegen, spielte sie den Anwalt der arbeitenden Bevölkerung und donnerte unter Berufung auf die Belastung des Lebensunterhalts der Arbeiter gegen die Agrarier. Jetzt gegen die Herren Schlächtermeister denselben Vorwurf zu erheben — davon scheint sie jedoch ängstlich zu-

rück, denn dann könnte den Liberalen deren Stimme bei den Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen verloren gehen, und die Herren Hofschlächter bei der Dreiklassenwahl vielfach Wähler erster Klasse.

Militärische Freundschaft.

Ueber die Fahrkartensteuer, die unter hervorragender Mitwirkung der nationalliberalen Fraktion des Reichstages beschlossen worden ist — die Anträge tragen den Namen des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Weder — schreibt ein nationalliberales Organ, das „Vpp. Tagebl.“, dies: „Hätte man eine Prämie ausgesetzt für den, der eine möglichst unpopuläre Steuer erfinden sollte, die so recht geeignet sei, Unzufriedenheit zu stiften — niemand hätte sie sich besser und leichter verdienen können, als der Vater dieses Steuerplanes, der leider auf den Bänken der Nationalliberalen im Reichstage sitzt. Man komme uns nicht mit der fahlen Ausrede, es seien keine besseren Steuerprojekte dagewesen. In Menge waren sie da. Aber die angeblich unüberwindlichen Schwierigkeiten, die sich ihnen darboten, schienen unsern „Volksvertretern“ zu groß, während sie eine solche schikanöse Steuer, wie es diese Fahrkartensteuer werden wird, als annehmbar erachteten! Gewiß — niemand zahlt Steuern gern. Und so wird jede Steuer ihre Gegner finden. Aber darum sollten auch die Intelligenz unserer Parlamentarier und ihr Gerechtigkeitsgefühl so geschärft sein, daß sie nur auf die Einführung von Steuern bedacht sind, die von größeren steuerpolitischen Gesichtspunkten ausgehen als diese Art von Steuermacherei, die einer weitsehenden Verkehrspolitik Verlehrspolitik Hohn spricht und durch die Verbitterung, die sie erregen muß, nur den destruktiven Elementen in unserm Staatswesen Vorschub leistet.“ — Wir werden uns diese Kennzeichnung der nationalliberalen Politik durch ein nationalliberales Organ für die nächsten Reichstagswahlen zurücklegen.

Ueber einen Fall unerhörter Behandlung eines preussischen Staatsangehörigen durch russische Beamte wird folgendes berichtet: In Grodzic bei Gieladz in Russisch-Polen, an der oberösterreichischen Grenze, lebt seit vielen Jahren der jetzt 40jährige Wilhelm Wiatrel, der in Saurahütte (Oberösterreich) geboren, schon als Knabe mit seinen Eltern nach genanntem Orte zog, die preussische Staatsangehörigkeit aber behielt, auch seiner Militärpflicht in Preußen genügt. Der Mann, ein intelligenter, ruhiger und fleißiger Arbeiter, ist seit 25 Jahren in der Zementfabrik in Grodzic beschäftigt und im Laufe der Zeit zum Besitzer eines Häuschens mit Garten und Acker wie auch eines kleinen Steinbruchs geworden. Als der Mann am 17. Januar dieses Jahres abends von der Arbeit nach Hause kam, fand er dort unter Führung des Dispolizisten eine Anzahl Kosaken, die Haussuchung hielten. In einem im Schrank hängenden Rod des Mannes hatte man ein Exemplar eines vor einiger Zeit im Orte verteilten Flugblattes gefunden, das Wiatrel gleich allen anderen empfangen, gelesen und in die Rocktasche hatte stecken lassen. Diese unter russischen Verhältnissen gefährlichen Vergehensart sollte der Mann schwer büßen. Mit den Worten: „Du bist verhaftet, du preussische Schnauze,“ wurde der Unglückliche, der sich niemals an der revolutionären Bewegung beteiligt hatte, von den Kosaken unter dem Jammern seiner Familie fortgeschleppt, wie er ging und stand und in das Kreisgefängnis in Wenzlin, später in das Gouvernementsgefängnis in Petrikau übergeführt. Hier wurde er ohne Verhöre und ohne Verhandlung auf administrativem Wege auf drei Monate eingesperrt, wie es wörtlich in einem Schriftstück hieß, das der Arme nach 14 Tagen erhielt und aus dem Gefängnis mit herausgebracht hat, „wegen Aufbeahrung eines Blattes“. Die Frau Wiatrels richtete einige Tage nach der Verhaftung ihres Mannes eine schriftliche Bitte an den militärischen Generalgouverneur in Petrikau um Freilassung ihres unschuldigen Mannes. Darauf erschien der älteste Dispolizist bei der Frau, beschimpfte sie in gemeiner Weise, weil sie es gewagt habe, ohne Wissen und ohne Erlaubnis der Ortspolizei an den Gouverneur zu schreiben und schlug sie darauf derart mit der Kante, daß die schwangere Frau zu Boden stürzte. Drei Wochen nach der Inhaftierung Wiatrels wurde in Grodzic ein Polizist von mehreren Männern erschossen, ohne daß es gelang, diese zu ergreifen. Sofort wurde zunächst der 14jährige Sohn Wiatrels, am nächsten Tage auch seine Frau verhaftet, die während der Tat in ihrem zwei Kilometer vom Tatort entfernten Hause bei ihren Kindern gewesen war. Weib und Kind wurden in ihrem Namen der Mörder kennen. Der arme Junge wurde neun Tage lang im Gefängnis festgehalten und täglich schwer geschlagen, weil er die Namen der Täter nicht nannte, die ihm ganz unbekannt waren. Da auch die Frau die Namen nicht nennen konnte, blieb sie im Gefängnis, wo sie infolge der Behandlung, wie des Nummers um das Schicksal

des Mannes und Sohnes und ihrer hilflos zu Hause zurückgebliebenen vier kleinen Kinder schwer erkrankte, so daß sie schließlich in die Krankenanstalt gebracht werden mußte. Den in Wenzlin (Russisch-Polen) lebende Bruder Wiatrels wandte sich in einem Schreiben um Hilfe an das deutsche Generalkonsulat in Warschau, worauf er unterm 22. März cr. diese Antwort erhielt:

Nach Auskunft des militärischen Generalgouverneurs in Petrikau ist Ihr Bruder Wilhelm Wiatrel, weil er einer revolutionären Partei angehört und die Namen der Mörder eines ermordeten Schutzmannes nicht angeben wollte, zu einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Der Straftermin läuft am 19. April ab und es soll Ihr Bruder Johann nach Deutschland ausgewiesen werden.

Der kaiserliche Generalkonsul.
J. B.: W. v. Lerchenfeld.

Das zum Schutze eines schwer mißhandelten Deutschen um Hilfe angerufene deutsche Generalkonsulat hatte sich darnach seine Aufgabe sehr leicht gemacht, indem es einfach bei dem Mißhandelnden anfragte, wie sich die Sache verhalte und ohne weitere Ermittlung angestellte, die erlogene Antwort des russischen Militärgouverneurs dem um Hilfe rufenden Bruder des Wiatrel zum Bescheide gab. Aber es sollte noch besser kommen. Auf ein zweites Schreiben des Bruders, in welchem der wahre Sachverhalt eingehend geschildert und besonders auch darauf hingewiesen wurde, daß Wiatrel die Namen der Mörder doch schon deshalb nicht nennen konnte, weil die Mordtat erst geschah, als Wiatrel schon lange zu drei Monaten „verurteilt“ war, erhielt der Beschwerdeführer folgende Antwort:

Der militärische Generalgouverneur in Petrikau hat dem Generalkonsulat mitgeteilt, daß die Verhaftung Ihres Bruders wegen Aufbewahrung und Verbreitung regierungsförmlicher Schriften erfolgt ist und daß er als eifriger Agitator aus Rußland ausgewiesen wird. Der Verheimlichung der Namen der Mörder des ermordeten Schutzmannes wird nicht Ihr Bruder, sondern seine Familie beschuldigt.

Der kaiserliche Generalkonsul.
J. B.: W. v. Lerchenfeld.

Der russische Militärgouverneur hat also in seiner zweiten „Auskunft“ über den Fall Wiatrel an den deutschen Generalkonsul über den Fall Wiatrel die erste Auskunft selbst preisgegeben. Das Generalkonsulat hätte daher alle Verantwortung gehabt, wenigstens diese zweite Auskunft mit Mißtrauen aufzunehmen und weitere Schritte zur Aufhellung der Sache und eventuell zur Befreiung des seinem Schutze empfohlenen Unglücklichen zu tun. Statt dessen akzeptiert es wiederum einfach die wiederum erlogene Mitteilung des russischen Gouverneurs und überläßt Wiatrel seinem Schicksal.

Am 19. April wurde der Mann entlassen und von russischen Polizisten an die preussische Grenze gebracht; sein Witten, doch noch einmal nach Frau und Kindern und seinem Besitzum, der Arbeit seines Lebens, sehen zu dürfen, bleiben unberücksichtigt. Er nimmt Wohnung in seinem Heimatort Saurahütte und wagt es darauf, mit einem Halbpaß nach Wenzlin zu fahren, um seine schwerranke Frau im Krankenhaus zu besuchen und dann nach seinem bisherigen Wohnort zu gehen, wo die Kinder ohne Aufsicht haften. Auf Witten seiner Frau und Warnung durch den Arzt des Krankenhauses, der ihm die sofortige Verhaftung voraussagt, gibt Wiatrel den Besuch in Grodzic auf und kehrt zunächst nach Saurahütte zurück. Der Kattowitzer Landrat verschafft ihm dann einen Vollpaß, als er diesen jedoch in Wenzlin dem dortigen russischen Landrat, Baron von Wittich, laut Vorchrift vorlegt, bedroht dieser ihn mit sofortiger Verhaftung und Abführung nach Warschau. Um diesem Schicksal zu entgehen, mußte Wiatrel sofort wieder nach Preußen zurückfahren.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag schien sich am Montag nach des Genossen Singer treffendem Worte in einen Bankierstag verwandelt zu haben. Mit der breiten Erörterung der internationalen Angelegenheiten der Burg- und Behrenstraße schlugen die Koryphäen der Berliner Bankokratie, die Kämpf junior und Rommensen junior die Zeit des Reichstages tot. Unsere Fraktion stimmte der zur Verhandlung stehenden Novelle zum Börsengesetz im wesentlichen zu. In ihrem Namen erklärte Singer ihr Einverständnis zu Verhältnismäßigkeitsregeln gegenüber Steuerhinterziehungen seitens der Aktiengesellschaften und zur Befreiung der Reichs- und Staatspapiere von der Stempelsteuer. Wir verlangten außerdem eine Ausdehnung der Steuerfreiheit auf die Kommunalpapiere, eine Forderung, die von den freistimmigen Mannesleuten zaghaft fallen gelassen wurde, und die die Mehrheit des Hauses auf ein Augenwinkeln vom Regierungstisch her ablehnte. Schnell wurde die erste Lesung der Vorlage über Schaffung von Reichslebensversicherungen zu 10 M. beendet. Die Vorname auch der zweiten Lesung scheiterte an dem Widerspruch des Dr. Trendt, der seine Laiserrede noch nicht ausgearbeitet hatte und deshalb mit Erfolg die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelte. Am Dienstag soll der Diätennachschuß in

Sicherheit gebracht und, wenn dann noch Zeit übrig ist, das Mantelgesetz, sozusagen die Umhüllung zu dem lieblichen Steuerbrot, in Angriff genommen werden.

Oesterreich und der deutsche Kaiser. Vor einigen Tagen verstandete ein großer Teil der bürgerlichen Presse mit lautem Jubelschrei, daß der deutsche Kaiser (was ja schon lange nicht mehr vorzukommen ist) einen außerordentlichen Hofbesuch werde und zwar (das Klatsch war nicht schwer) den Hof des alten Franz Josef in Wien, wo sich in den ersten Junitagen die wichtigsten Dinge der Welt abspielen würden. Alsogleich erklärten aber in dem offiziellen Wiener „Fremdenblatt“ ein Artikel, dessen lange Rede den kurzen Satz hatte, man möchte doch in Deutschland nicht so viel Lärm machen; der Besuch habe keine politische Bedeutung und man solle doch ja nicht glauben, daß Oesterreich im Bundesrat Deutschland etwas gegen England oder Italien unternehmen wolle. Das war klar und oerständlich; wie es scheint, was es so gar einigen Deuten in Deutschland zu klar; denn das „Fremdenblatt“ verächtlich sich jetzt hat, daß es „gewiß nicht bedeutungsvoll“ sei, wenn Franz Josef und Wilhelm II. zusammenkämen. Trotzdem blieb: diese neueste österreichische offizielle Note ein recht markantestes Merkmal der modernen Diplomatie; in ihrer ersten Seiten (die von der „Nordd. Allg. Ztg.“ in der Spitze ihrer letzten Nummer reproduziert wurden) heißt es:

Für die ersten Tage des nächsten Monats steht uns ein Besuch des deutschen Kaisers bevor. Der Besuch erfolgt auf die eigene Initiative des Kaisers, der den Wunsch hatte, seinem Moskauer, seinem besten Freund... wieder einmal die Hand zu drücken.

In dieser Form umschreibt das „Fremdenblatt“ die in Wien bekannte Tatsache, daß Wilhelm II. gleichzeitig mit einem Danktelegramm an den — um so gut wie geflügelten — Grafen Stolowowski eine Depesche an den österreichischen Kaiser richtete, in der er ihm seinen Besuch in Aussicht stellte. War es aber Sache des „Fremdenblattes“, diese Tatsache der Welt zu künden? Im allgemeinen ist es nicht üblich und gilt es nicht für ein Zeichen übermäßiger Höflichkeit, wenn man von einem Hof, der man erwartet, sagt, sein Besuch erfolge auf dessen eigene Initiative“ und nicht auf Initiative des Gastgebers. Auch pflegen Monarchenbegrenzungen sonst das Ergebnis recht unabhängiger diplomatischer Verhandlungen zu sein, bei denen die Stimmung von beiden Seiten sorgfältig sondiert wird; das „Fremdenblatt“ hält es für notwendig, festzustellen, daß dieser alte Diplomatensbrauch in diesem Falle außer Acht gelassen worden ist. Eine Wiener Korrespondenz erzählt über London, daß zum Ende d. Mtz. auch eine Zusammenkunft zwischen Nikolaus und Wilhelm II. vorbereitet werden soll. Nachdem der deutsche Kaiser schon im Sommer des vorigen Jahres in Hörscht eine Zusammenkunft mit dem kaiserlichen Bruder hatte, kann diese Nachricht in Deutschland nicht mehr verwundern. Vermutlich wird nämlich, sofern sich die Nachricht überhaupt bewahrheiten sollte, mitgeteilt werden, daß der deutsche Kaiser sich über die Einmischung in die inneren Verhältnisse fremder Staaten enthält. Es könnte sich dann also nur um eine Verständigung über gemeinsame Angelegenheiten handeln; auf diesem Felde liegt aber zur Zeit nur der Fall Brodhußen-Schöne vor, der für beide Staaten gleichmäßig interessant ist. Vielleicht will Nikolaus II. hören, wie man in Berlin über die Sache denkt.

Die Firma Schöne v. Brodhußen. Noch immer hat die preussische Regierung keine Antwort auf die schweren Anklagen gefunden, die Weibel gegen den Kriminalkommissar Schöne und seinen Spitzelgehilfen im Reichstag erhoben hat. Der „Vorwärts“ ergänzt jetzt die Anklagen Weibels noch durch einige interessante Mitteilungen über den abseitigen Spitzelkasper. Eberhard Freiherr v. Brodhußen hat den schmutzigen Handel ausarbeiten wollen, um sein Schäflein zu füttern. Er hat sich die Hälfte des bei der Spionage abfallenden Judaslohnes ausbedungen: „Eine Hand wäscht die andere, wir machen a meta“ (das heißt: halbpast), begehrte er und bemühte sich denn auch erfolgreich, die „Börse“ möglichst in die Höhe zu treiben. Mit Behagen ließ er sich von Schöne „aus dem großen Topf“ kratzen. In vorliegender Freude schmeckte er schon den Rahler und Ler, den der Russe ihm und Schöne aus Rußland schicken sollte. Schöne wies das für seine Person zurück. So groß war sein Dalks und seine Sicherheit, daß er schon am 20. April den russischen Kaufmann um ein Darlehen von 100 Mark anging. Und er sah sein Bemühen mit Erfolg gekrönt: am 21. April gab ihm sein Opfer den Schein Nr. 11065 auf die Nationalbank für Deutschland, Depositen K. 1. und Wechselstube Steglitz Albrechtstraße 3 über 50 Mk., die, wie er bemerkte, von der ersten Einzahlung gleich „abgezogen“ werden sollten. Auch der Staatsanwalt wußte sich noch nicht zu entscheiden, ob die Straftaten der Schöne und Brodhußen auf Grund des Strafgesetzbuchs als schwere Verbrechen, als Urkundenfälschung und Anstiftung zum Landesverrat verfolgt werden müssen!

Grenzverletzung durch deutsche Truppen. Bei der Besetzung Morengas hat eine Verletzung der Grenze der belgischen Kapkolonie stattgefunden. Wie „Reuter's Bureau“ meldet, hat das am 4. Mai zwischen der deutschen Schutztruppe und Morenga stattgehabte Gefecht sich auf britischen Gebiet, der Grenze der Kapkolonie, abgespielt. Die Kapkolonie habe heftigen Widerspruch erhoben, der deutsche Befehlshaber jedoch nicht darauf geachtet. Darauf erwidert das belgische Telegraphenbureau: „Nach unseren Erkundigungen ist es richtig, daß das letzte Gefecht mit Morenga auf belgischem Gebiet stattgefunden hat. Von der deutschen Abteilung Besch verfolgt, hatte Morenga die Grenze mit bewaffneten Disziplinären überschritten und, da die Kapkolonie ihn nicht entwarfente und Morengas Rückzug auf belgisches Gebiet an einem anderen Punkte der Grenze zu erwarten war, so behauptete die Abteilung Besch die Verfolgung auf belgisches Gebiet aus. Die deutsche Regierung hat den Befehlshaber in London angewiesen, zu erklären, daß sie jedes Uebertreten deutscher Truppen auf belgisches Gebiet mißbilligt und die in diesem Sinne bereits bei Beginn des Feldzuges dem Truppenkommando erteilten Befehle wiederholt hat.“

Dem „Berdienske“ keine Beförderung. Landgerichtsdirektor Mandisch in Leipzig, der in dem bekannten Prozeß gegen die „Leipziger Volkszeitung“ als vor-

sitzender Richter fungierte, ist an das Oberlandesgericht in Dresden befördert worden.

Rußland.

Gapon's Leichnam gefunden. In der bei St. Petersburg gelegenen Sommerfrische Derski wurde in einer bis jetzt verschlossenen Villa die Leiche eines Mannes gefunden, welcher als die des verschwundenen ehemaligen Petrus Gapon identifiziert wurde. — Die Feststellung des Mordes ergab, daß auf der Markt eine Summe von 14 500 Rubel in russischen Staatspapieren und 14 000 Rubel in russischen Banknoten hinterlegt war. — Bessellos ist Gapon ob seines Todes gerichtet worden. Angeblich ist die Polizei dem Täter auf der Spur.

Aus der Duma. In Vizepräsidenten der Reichsduma wurden kürzlich Dolgoruk mit 382 und Professor Gredskal Gerasimow mit 372 von 429 Stimmen gewählt. Er war erst in den letzten Tagen aus Archangelst, wohin er verbannt war, zurückgekehrt, nachdem er dort nur drei Tage verblieben war, da die Partei der Skabaten energisch seine Rückkehr verlangte. Zum Sekretär der Reichsduma ist Fürst Demetrius Schachowitof ernannt. Beraten wurde dann ein Antrag des Deputierten Rosjizow aus Twer, eine Vorfrage an den kaiserlichen Hof zu stellen, ob die Duma die Befugnis hat, die Antwort auf die Thronrede einzufügen, und einen Antrag zu stellen, der das Verlangen nach vollster Amnestie zum Ausdruck bringen sollte. Daraus resultieren als Redner die Tabulne Abgeordnete der verschiedenen Volksklassen der Intelligenz, der Bauern und der Arbeiterdeputierten. Alle hielten begeisterte Reden für die Amnestie, die das freie Rußland fordert, nicht als einfache Beugung von Verbrechen, sondern als Prinzip. Wir können nicht Verbrechen erblicken in den Märschen, die die Vorkämpfer waren in dem Kampfe gegen das jetzt gestürzte Regime. Nur einem Zufall ist es zuzuschreiben, daß unsere Vorkämpfer ins Gefängnis geworfen wurden, während wir heute in der Duma sitzen. Die Person des Monarchen ist für uns ohne Verantwortung. Die Thronrede ist gebet durch die Verantwortlichkeit der Minister, die ihre Entlassung eingereicht haben würden, wenn sie sich nicht in Uebereinstimmung damit befinden hätten. Unsere Antwort auf die Thronrede soll nicht ein persönlicher Appell an das Herz des Monarchen sein, sondern ein Programm auch für jeden künftigen Minister. — Die Sonntagssitzung der Duma wurde um 3 Uhr nachmittags eröffnet. Es lagen 2 Anträge vor, wonach die Duma unverzüglich an den Kaiser die telegraphische Bitte um Erlass einer Amnestie richten sollte, vor deren Gewährung die Duma nicht zur Arbeit schreiten könne. Für diese Anträge wurde die Dringlichkeit beantragt. Vizepräsident Gredskal und ein anderer Redner sprachen sich gegen die Dringlichkeit aus. Die Situation sei zu gespielt und könne einen Konflikt hervorgerufen. Graf Schöben mahnte, bei der Wahrung der eigenen Rechte auch die Prärogative anderer zu achten. Für die Dringlichkeit trat der Moskauer Arbeiterabgeordnete Saweljew ein, der einen blutigen Konflikt voraussetzte, der schon morgen beginnen könne. Die Duma verwarf darauf die Dringlichkeit. Sodann wurde die am Sonntagabend beschlossene Wahl einer Kommission von 33 Mitgliedern zum Entwurf einer Adresse auf die Thronrede vorgenommen. — Interessant ist ein Zwischenfall, der sich am Sonntagabend abgespielt hat. In den der Präsidentenwahl vorangegangenen Debatten über den Wahlmodus, den einige Redner vereinfacht wünschten, damit man schneller zu aktuellen Fragen übergehen könne, bemerkte ein Redner, er mache der Duma den Vorwurf... Der Präsident unterbrach den Redner und erwiderte ihm einen Ordnungsruf mit dem Hinweis, daß ein derartiger Ausbruch nicht gebraucht werden dürfe, denn die Autorität der Duma stehe höher als jede andere Autorität. Ein Beifallssturm folgte den Worten des Präsidenten.

Die Haltung der Dumamehrheit ist bis jetzt noch anerkanntwert. Zu den von der Petersburger Stadtverwaltung zu Ehren der Abgeordneten der Reichsduma und der Mitglieder des Reichstages veranstalteten Festlichkeiten erschienen nur etwa 40 Abgeordnete. Die konstitutionell demokratische Partei landete dem Stadthaupt eine Mißsage, weil auch die exzessiven Mitglieder des Reichstages geladen worden seien, die keine Vollvertreter wären; außerdem sei in einer Zeit der Arbeitslosigkeit und des Hungers keine Zeit für Bankette, auch repräsentative die Stadtduma nicht die Bevölkerung. Eine gleiche Erklärung landeten die kürzlich Abgeordneten. Als die weniger erschienenen Gäste um Mitternacht die Stadtduma verließen, zog eine Volksmenge, zu der die Kundgebungen war, daß die Reichsduma die Frage der Amnestie erörterte, unter dem Anführen der Maske über den Newski-Platz.

Wieder ein Schussal gerichtet. In Warschau wurde gegen den auf Posten stehenden Polizeikommissar Wehlsen des 8. Bezirks Hauptmann Konstantinow, der seit November durch seine Verfolgungen verhaftet war, eine Bombe geschleudert; sie explodierte mit schrecklichem Geräusch in der ganzen Mittelstadt hörbarem Knall. Der Körper Konstantinows wurde scharf zerstückelt. Das Straßenpflaster zwischen den Bahnhöfen wurde aufgerissen und in den benachbarten Häusern alle Fenster zertrümmert. Der wahrscheinliche Attentäter ist, obwohl verletzt, entkommen; er feuerte auf die ihn verfolgenden Soldaten und verwundete sie. Die dann herbeieilende Patrouille gab nach der Explosion mehrere Schüsse auf das Publikum ab. Drei Männer wurden hierbei erschossen, 19 Personen schwer durch Kugeln verletzt und in das Spital gebracht. Der Explosionsplatz wurde dann von Infanterie umzingelt und niemand zugelassen.

Am russischen 1. Mai feiern sämtliche Großbetriebe in Moskau. Die Stadt ist ohne elektrische Beleuchtung. Die Druckereien arbeiten nicht; in den Bäckereien gibt es kein frisches Brot. — Der Konzeptionsrat Kusnitsch, der

Chef der neuen Universalitätsdruckerei in St. Petersburg, wurde von einem Arbeiter mit einer schweren Eisenklinge erschlagen.

Schweden.

Die erste Kammer des Reichstages verwarf mit 126 gegen 18 Stimmen den Wahlrechtsentwurf der Regierung und nahm mit 118 gegen 26 Stimmen einen Antrag an, der das allgemeine Wahlrecht mit Proportionalwahlen zu beiden Kammern und Abschaffung der Wahlperiode der ersten Kammer von neun auf sechs Jahre.

England.

Der englisch-türkische Zwischenfall ist durch Abgabe einer kühnen Antwort der Türkei auf die englischen Note erledigt worden.

Deutscher Reichstag.

102. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kommisfäre. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung der Novelle zum Reichsstempelgesetz.

Die Novelle macht dem Arbitrierverkehr der Börse in Bezug auf den Umsatztempel einige Zugeständnisse, unterwirft dafür aber in einem dem § 5 des Reichsstempelgesetzes angefügten § 6 das Aktienkapital der inländischen Gesellschaften auch dann dem Wertstempel, wenn die Ausstellung und Ausgabe von Aktien und Interimspapieren unterblieben ist.

Nach einem von der Kommission beantragten Zusatz soll diese neue Bestimmung auch auf die beim Inkrafttreten des Gesetzes bereits bestehenden Aktiengesellschaften ausgedehnt werden. Der nachträglich zu bezahlende Stempel soll von diesen Gesellschaften spätestens am 1. Juli d. J. bezahlt werden.

Ein Antrag Spahn (B.), Müller, Fulda (B.), Büsing (M.), Mommsen (B.), Dietrich (B.) befragt die Stempelabgaben für das vor Ablauf der Zahlungsfrist herabgesetzte Aktienkapital auf den nach der Herabsetzung verbleibenden Betrag.

Direktor im Reichsfinanzamt Kuhn erklärt, daß die verbündeten Regierungen wohl der jetzigen Kommissionsfassung zustimmen werden, da es sich jetzt nicht mehr um rückwirkende Kraft, sondern um eine Deklaration und eine Besteuerung der deklarierten Beträge handelt.

Kämpf (B.) wendet sich entschieden gegen die Kommissionsfassung. Tatsächlich hat die Kommission die Nachwirkung beschlossen, die die juristischen Regierungsvertreter mit Recht als einen Eingriff in die fundamentalsten Rechtsgrundsätze erklärt haben. Sie hat der rückwirkenden Kraft nur ein Freigenblatt angelegt. Sollte später einmal ein Reichseinkommensteuergesetz mit rückwirkender Kraft beschlossen werden, so mag man an die jetzige Reichstagsmehrheit denken, die sich mit dieser Börsennovelle auf sozialistischen Boden gestellt hat, weshalb denn auch die sozialdemokratische Fraktion nach ursprünglichen Sträuben für die Kommissionsfassung stimmen will. Wir unterwerfen uns dem unerhörten Novum in der Steuererhebung ab. (Beifälliger Beifall bei den Freisinnigen.)

Müller-Fulda (B.): Es ist gar kein Grund vorhanden, nahezu eine Milliarde Aktien deshalb, weil sie sich bisher der Steuerpflicht entzogen haben, auch in Zukunft freizulassen. (Sehr gut! rechts.) Bei der jetzigen Reichsfinanznot sind auch die zu erwartenden, nicht unbeträchtlichen Mehreinnahmen nicht zu verschmähen. (Beif. im Zentr. und rechts.)

Mommsen (B.) schlägt sich den Ausführungen des Abg. Kämpf an. Die Novelle stellt das ganze bisherige Prinzip auf den Kopf. Ich freue mich, daß wenigstens die Reichsregierung die Verantwortung für das Aufgeben des Reichstages ablehnt, daß kein Steuerertrag rückwirkende Kraft haben soll. Man sollte sich doch hüten, wegen lumpiger 10 Millionen Mark Mehreinnahmen mit vollen Segeln in den sozialistischen Zukunftstakt zu fahren. (Bravo! b. d. Freis.)

Dr. Vrensd (M.) tritt für die Kommissionsfassung ein.

Singer (B.): Wir haben von vornherein dem Gedanken zugestimmt, daß die sogenannten ungeborenen Aktien gestempelt werden sollen. Bei Schaffung des Gesetzes hat niemand an die Möglichkeit gedacht, daß Aktiengesellschaften mit 50 oder 60 Millionen gegründet würden, ohne daß die Aktien zur Ausgabe gelangen. Hätte der Gesetzgeber das vorausgesehen, so hätte er Stempelabgaben auf das Gründungsprotokoll gelegt. Eine gewisse Rückwirkung kommt auch bei anderen Steuern vor, z. B. bei der Einführung einer neuen Grundsteuer. Ich freue mich, daß in diesem Falle von uns vertretene Grundsätze von der Mehrheit akzeptiert werden. Bei anderen Gelegenheiten wird freilich die Rechte nebst dem Zentrum mit der freisinnigen Volkspartei gegen das Prinzip kämpfen, das sie hier proklamiert. (Beif. b. d. Soz.)

Dove (B.) wendet sich gegen die Kommissionsfassung. Die Befürworter dieser Fassung machen Ausführungen, die den Begriff der Urkunde überhaupt illusorisch machen. Nach der hier vorgebrachten Logik kann man in Zukunft auch denjenigen zur Fahrkartensteuer heranziehen, der nicht mit der Eisenbahnfährt, sondern z. B. mit dem Automobil. (Sehr gut! bei den Freis.)

Hiermit schließt die Debatte. § 5a wird gegen die Stimmen der Freisinnigen in der Kommissionsfassung angenommen.

Es folgen Bestimmungen über die Ermäßigung des Umsatztempels für einige Wertpapiere (Renten und Schuldverschreibungen des Reiches und der Bundesstaaten, Kurzweine, Genußscheine, ausländische Banknoten usw.) Die Herabsetzung soll bis zur Hälfte des jetzigen Betrages gehen.

Kämpf (B.) und Mommsen (B.) beantragen Ausdehnung der Ermäßigung auf den Arbitrierverkehr zwischen den inländischen und Börsenplätzen und Ausdehnung der Ermäßigung auf den Arbitrierverkehr zwischen den inländischen Börsenplätzen und Ausdehnung der Befreiung, die nach der Vorlage Renten und Schuldverschreibungen des Reiches zuteil wird, auf die der Gemeinden, Kreise und Provinzen und alle Börsengeschäfte, deren Objekt 600 Mark nicht übersteigt.

Graf Kanitz (B.) beklagt den niederen Stand des Kurses der deutschen Reichs- und Staatspapiere. Was hat unser deutsches Kapital im Ausland zu suchen? Welche Nischenkapitalien sind in die Bagdadbahn gesteckt worden? (Hört! Hört! links.) Mit solchen finanziellen Mitteln, wie der Aufhebung der winzigen Stempelabgaben, ist der Kurs der Reichs- und Staatspapiere nicht zu heben. Da ich nur

andererseits gar keinen Grund sehe, warum das Reich auf diese Abgabe verzichten soll, stimme ich gegen diesen Teil der Vorlage. (Beifall rechts).

Kämpf (Zp.): In der Tat steht der Kurs der Reichspapier schlecht. Ist doch die eben beendete Emission einer Reichsanleihe von 500 Millionen Mark als großer Misserfolg zu bezeichnen. (Hört! Hört! links). Von der Ueberzeichnung, von der offiziell gesprochen wurde, ist tatsächlich keine Rede gewesen. Der Finanzminister von Rheinbaben und andere haben die Frage der Abhilfe mittel- und langfristiger Anleihe zur Anlage eines großen Teils ihres Vermögens in Reichs- und Staatspapieren zu zwingen, halte ich für unpraktisch und ungerechtfertigt. Ein anderes Mittel ist die hier in der Novelle vorgeschlagene Stempelfreiheit der Staatspapiere. Im Gegensatz zum Grafen Ranitz vertritt ich die Ansicht, daß dieses Privilegium tatsächlich günstig auf den Kurs der Staatspapiere einwirken wird, da ihre Käufer die Stempelabgaben sparen werden. Für meinen Antrag auf Ausdehnung der Stempelfreiheit auf die Kommunalpapiere spricht die moralische Verpflichtung des Reichs, den Gemeinden die Erfüllung der ihnen reichs- und landesgesetzlich zugewiesenen großen Aufgaben nach Möglichkeit zu erleichtern. Die Konkurrenz der Kommunalpapiere infolge der Stempelfreiheit brauchen die Staatspapiere nicht zu befürchten. Der niedrigere Kurs der Kommunalpapiere würde ungünstig auf die Staatspapiere zurückwirken. Also das Verhältnis zwischen Kommunal- und Staatspapieren bleibt auf alle Fälle dasselbe.

Die Konkurrenz zwischen den Reichspapieren einerseits und den Staatspapieren andererseits sowie zwischen den Papieren der einzelnen Staaten läßt sich bei unserer föderalistischen Verfassung nicht beseitigen. Doch sollte man wenigstens versuchen, auf dem Wege der Verbesserung der Emisionstechnik eine gewisse Abhilfe zu schaffen. Jedner verbreitete sich im Folgenden über Einzelheiten der Emisionstechnik. Indem unsere Bankiers mit kleinem Gewinn große Beträge der deutschen und preussischen Fonds übernehmen, haben sie sich einer patriotischen Pflicht unterzogen. Da sollten nun Preußen und das Reich auch etwas mehr Rücksicht auf die emittierenden Bankiers nehmen und ihre Emission in einer anderen Weise regeln. Die emittierenden Bankiers haben ein Unrecht darauf, nicht mit einer Kleinigkeit abzuspeisen zu werden. — Graf Ranitz behauptete sich darüber, daß das deutsche Kapital nach dem Ausland geht. Ich bin umgekehrter Ansicht. Wir bekommen nur dann Geld in das Land und einen billigen Diskont, wenn wir Forderungen an das Ausland erwerben. Der Deutsche ist der geborene Industrielle und Kaufmann und es ist kein Fehler, sondern ein Vorzug, wenn die deutsche Industrie eine große Anziehungskraft auf das deutsche Kapital und deutsches Kapital und deutsche Industrie Eroberungen im Ausland machen. Uebrigens haben auch die französischen Rentiers keineswegs eine so einseitige Vorliebe für einheimische Papiere, wie behauptet wird, sondern erwerben auch recht gern ausländische Papiere. (Sehr wahr! links.) Wir verschmähen gewiß auch keine Mittel nicht und begründen insofern die Verbesserungen dieser Novelle. Aber das Grundübel ist nur dann zu beseitigen, wenn eine vollständige Reform der Börsegesetzgebung eintritt. Sich eine solche angelegen sein zu lassen, bitte ich den Reichsschatzsekretär v. Stengel bringen. — Ich empfehle die Annahme der Kommissionsvor schläge und die Verbesserungsanträge Kommission. (Beifall b. d. Freis.)

Büsing (M.) bittet um Annahme der Kommissionsvor schläge unter Ablehnung der Ausdehnung der Stempelfreiheit auf Gemeindepapiere und der Ablehnung des Antrags Arendt auf Wiederherstellung des Regierungsvorschlags, der weniger weit geht als die Kommissionsfassung. (Beifall i. Zentr. u. b. d. Natl.)

Dr. Arendt (M.) beantwortet seinen Antrag, polemisiert gegen den Abg. Kämpf und bezeichnet den hohen Reichsbanddiskont als den tiefsten Grund des schlechten Standes der deutschen Anleihe. Sollte der Antrag Kämpf angenommen werden, so bitte ich, auch die Pfandbriefe der Landschaften und der Hypothekenbanken freizulassen.

Mommsen (Zp.) zieht den zweiten Teil seines Antrags zurück.

Singer (Sd.) nimmt den zweiten Teil des Antrags wieder auf.

Dr. Arendt hält sein Amendement, nunmehr zum Antrag Singer, aufrecht.

Ein Antrag Müller-Fulda (Z.) verlangt, den Artikel 8 die Worte anzufügen: Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1906 in Kraft.

Graf Ranitz (K.) polemisiert gegen den Abg. Kämpf. **Singer (Sd.)**: Man könnte wirklich meinen, sich hier auf einem Bankierstage zu befinden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Und das sind dieselben Herren, die immer über ungebührliche Ausdehnung der Verhandlungen klagen. — Wir haben den eigentümlicherweise zurückgezogenen zweiten Teil des Antrags Mommsen wieder aufgenommen. Den Antrag Arendt dagegen lehnen wir ab. Die Hypothekenbanken dienen privatkapitalistischen Interessen, während die Kommunen ihre Anleihen aufnehmen zur Erfüllung öffentlich rechtlicher Zwecke. Es liegt also gar kein Grund vor, die Kommunalpapiere schlechter zu stellen wie die Staatspapiere. Ich glaube nicht, daß die Kommunalpapiere den Kurs der Staatspapiere drücken; auf keinen Fall aber paßt es sich für die Einzelstaaten, sich auf Kosten der Kommunen einen besseren Markt zu verschaffen. Das Reich hat die Pflicht, die Interessen der Gemeinde zu wahren, wo diese von einzelstaatlichen Interessen bedroht werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Direktor im Reichsschatzamt Kuhn: Die verbündeten Regierungen willigen in die Steuerfreiheit der Staatspapiere ein, werden aber kaum der Ausdehnung der Steuerfreiheit auf die kommunalen und landwirtschaftlichen Papiere zustimmen können.

Damit schließt die Debatte. Alle Abänderungsanträge mit Ausnahme des ersten Teiles des Antrages Kämpf-Mommsen (Arbitrageverkehrs zwischen inländischen Börsenstätten) werden abgelehnt, die Kommissionsfassung mit dem genannten Zusatz angenommen. Ebenso wird der Antrag Müller-Fulda über den Termin des Inkrafttretens des Gesetzes angenommen.

Eine Resolution der Kommission auf Herabsetzung des Lombardzinsfußes für Reichs- und Staatspapiere wird nach unwesentlicher Diskussion angenommen.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzentwurfes über die Ausgabe von Reichskassenscheinen von 10 Mark (statt der bisherigen zu 50 und zu 20 M.), die durch Reichsbanknoten ersetzt werden sollen.

Dr. Arendt (M.) beantragt Ablehnung dieses Gesetzentwurfes der Tagesordnung, weil er erst in Miße die kürzlich erschienene Denkschrift über die Ausprägung eines 3 Markstückes studieren will.

Wasserhahn (M.) widerspricht dem Antrage und leugnet jeden Zusammenhang zwischen der Denkschrift und dieser Vorlage.

Gegen die Rechte wird die Beratung der Vorlage be schlossen.

Dr. Arendt (M.) befürchtet das Einreißen einer Zettelwirtschaft und beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern. (Beifall rechts.)

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel erklärt, daß trotz der Vermehrung der Einwohnerzahl Deutschlands die 120 Millionen verfallenden Regierungen es ablehnen, ebensowenig wie der Vorredner eine unsolide Zettelwirtschaft fördern wollen.

Verle (M.) befürwortet die Vorlage und bittet den Antrag Arendt auf Kommissionsberatung abzulehnen.

Kämpf (Zp.) hält im Einklang mit dem Reichsschatzsekretär eine Vermehrung der Reichskassenscheine nicht gegen zu können, sind die kleinen Banknoten geschaffen worden. Die Konsequenz ist die Einziehung der Reichskassenscheine von 50 und 20 Mark. Bei unseren 400 Millionen Mark Goldmünzen und 800 Millionen Mark Silbermünzen ist es Uebertreibung, von Zettelwirtschaft zu reden. Auch ich bitte, den Antrag auf Kommissionsberatung abzulehnen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimme des Abg. Dr. Arendt abgelehnt. (Weiter.)

Dr. Arendt (M.) beantragt Ausfertigung der zweiten Lesung.

Der Antrag wird abgelehnt.

Dr. Arendt beantragt die Vertagung.

Für Unterstützung des Antrages erheben sich einige Konserver. Die Unterstützung reicht nicht aus. (Weiter.)

Präsident Graf Balloström eröffnet die zweite Beratung des § 1 und schließt sie sofort, da das Wort nicht verlangt wird.

Dr. Arendt (M.) beweist die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident Graf Balloström: Das Bureau schließt sich dem Zweifel an; wir müssen also die Verhandlung abbrechen.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Diätenvorlage und Mantelgesetz.)
Schluß 6 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 15. Mai.

Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zuzug von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Zuzug von Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern nach Schwartau, Pansdorf und Niendorf a. O. ist fernzuhalten. — Der Bauunternehmer Gargus in Niendorf hat die Forderung bewilligt.

Die hiesigen Bauschlosser sind in den Ausstand getreten. Der Zuzug ist streng fernzuhalten.

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft des Herrn Siek, Fadenburger Allee, ist die Sperre verhängt worden.

Achtung, Rutscher! Nachstehender Betrieb hat die Forderungen der Rutscher nicht bewilligt: E. Gwers, Ladestraße 10. Ueber diesen Betrieb ist die Sperre verhängt worden. Kein aufgellärter Rutscher darf in demselben Arbeit annehmen.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Die Sperre des städtischen Wasserbauplazes bildete einen hervorragenden Gegenstand der letzten Versammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentral-Verbandes der Zimmerer. Bekanntlich hatten die organisierten Zimmerer für ihre Kollegen deshalb über den Wasserbauplazz die Sperre verhängt, weil dort nicht die in Lübeck überall gültigen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbarten Minimallöhne gezahlt werden. Warum dies nicht geschieht, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls wäre es u. E. Pflicht der Stadt, deren Betriebe sich doch nach Möglichkeit frei halten sollten von der seitens der Unternehmer geübten Taktik, so viel als möglich aus den Arbeitern herauszuschinden, gewesen, wenigstens den Mindestlohn der Zimmerer auch ihren Leuten zu gewähren. Mit zur Verhängung der Sperre beigetragen haben die Innungsmeister, welche die Stellen bei jeder passenden Gelegenheit auf die nicht tariflichen Löhne auf dem Wasserbauplazz hinwiesen. In der letzten Sitzung der Bürgererschaft wurde nun die Wasserbauplazzsperre von dem Zimmermeister Glasau erdixert und von ihm behauptet, daß auf dem städtischen Wasserbauplazz nur ältere Zimmerer beschäftigt seien, die froh wären, dort ein Unterkommen zu haben und bei den Meistern nicht mehr eingestellt würden. Inwiefern diese Angaben den Tatsachen entsprechen, soll hier nicht untersucht werden. Mit allerhöchster Deutlichkeit geht jedoch aus den Ausführungen Glasaus hervor, daß die Innung Bauhütte es billigt, wenn auf dem Wasserbauplazz niedrigere Löhne als bei Privatunternehmern gezahlt werden. Wenn die Dinge nun so liegen, so haben die Zimmerer keine Veranlassung mehr, die Sperre aufrecht zu erhalten, zumal sich Baurat Krebs gedrückt haben soll, daß auf dem Wasserbauplazz im Accord und mit den Ausschlägen sich der Durchschnittslohn der Zimmerer höher als bei Privatunternehmern stellen würde; deshalb wurde die Sperre aufgehoben. Natürlich werden die organisierten Zimmerer auch in Zukunft stets ihr besonderes Interesse dem Wasserbauplazz zuwenden, und mit allen Mitteln dahin streben, daß dort mit der Zeit tarifliche Zustände Platz greifen.

Im Sozialdemokratischen Verein hielt gestern Genosse Stellung einen Vortrag über „Ehe und freie Liebe“. Einleitend bemerkte Redner, daß sich der Sozialismus mit allen Fragen beschäftigten müsse, die das menschliche Leben berühren. Hierzu gehöre unstreitig auch die Institution der Ehe, die in vielen Fällen nicht das sei, was sie eigentlich sein solle. In zahlreichen Beispielen bewies Redner die Richtigkeit dieser Behauptung. Die heu-

tige Ehe sei die gesetzlich zulässige Form des Geschlechtsverkehrs, der durch den Tausch zu einem ständigen Akt, gestempelt werde. Man habe sich früher die Ehe als unauflösbar gedacht und deshalb Bestimmungen getroffen, die die Ehescheidung äußerst schwierig gestalten. Das sei in den Fällen unglücklicher Ehe eine Barbarei, deren Beseitigung ein Gebot der Menschlichkeit sei. In seinen weiteren Ausführungen verteilte Redner an der Hand von Tatsachen die irrtümliche Auffassung, daß die Ehe notwendig sei zur Beschäftigung von Frau und Kindern. Dieser Schluß werde u. U. nicht den armen Geschöpfen zuteil, die als uneheliche Kinder zur Welt kommen. Durch die Errichtung von Findelhäusern, Wöchnerinnenheimen, Kleinkinderschulen u. dgl. erkenne die Gesellschaft die Notwendigkeit des staatlichen Eingreifens zum Schutz der schwangeren Frauen und der nicht mit Glücksgütern gesegneten Kinder an. Von diesen, heute allerdings höchst mangelhaft ausgestatteten Einrichtungen bis zur völligen Erziehung und Verpflegung der Kinder seitens des Staates sei nur ein Schritt. Die Gesellschaft werde im eigenen Interesse der Erwerbstätigkeit und der dadurch bedingten Wachstums der Selbständigkeit der Frau die Institution der Ehe veralten lassen; sie könne dann ruhig verschwinden. Sodann beschäftigte Redner sich eingehend mit dem Problem der Kindererziehung, die heute sehr viel zu wünschen übrig lasse. Durch eine wesentliche Umgestaltung des Schulwesens, die nur auf praktischer Grundlage erfolgen könne, müsse die junge Mutter in die Lage versetzt sein, ihr Kind ohne Härte so zu erziehen, daß es später ein nützliches Mitglied der Gesellschaft werde. Selbstredend habe letztere dafür zu sorgen, daß Mutter und Kind von dem Kampf ums Dasein verschont blieben. Sei die Mutter nicht zur Kindererziehung befähigt, dann habe der Staat dieselbe in die Hand zu nehmen. Die weiteren Bedenken, die gegen die freie Liebe, gegen das freie Gewähren und Versagen der Frau sprächen, wurden von dem Redner zerstreut. Er kam zu dem Schluß, daß in einer vernünftigeren Gesellschaftsordnung die freie Liebe ein Idealszustand sein könne. Heute aber sei dafür zu sorgen, daß durch Gleichstellung der unehelichen Kinder, Ausbau der Frauenarbeit, Ausbau der Schulpflege und Schulverbesserung, sowie durch Erleichterung der Ehescheidungen so manches bestehende soziale Unrecht ausgeglichen werde. — Eine Diskussion wurde nicht beliebt. — Unter Verschiedenes wurde der Bescheid der Kontrollkommission auf die Berufung des Sozialdemokratischen Vereins gegen das Urteil des Schiedsgerichts in Sachen zweier Bauunternehmer verlesen. Derselbe geht dahin, daß die Berufung zu verwerfen sei. Einstimmig beschloß die Versammlung, mit diesem Bescheid die Angelegenheit für erledigt zu erklären. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Verbandstag des Kriegerverbandes Lübeck, welcher am letzten Sonntag in Travemünde abgehalten wurde, beschäftigte sich mit einer Reihe von Dingen, die unsere Leser zweifellos absolut nicht interessieren dürften. Wir würden auch von der ganzen Sache überhaupt keine Notiz genommen haben, wenn nicht im Bericht des Amtsblattes über den Travemünder Tag folgender Passus enthalten wäre:

Besonderes Interesse fand der durch Herrn Regierungsbaumeister Mittelstädt erstattete Bericht betreffend Ehre der Kriegsveteranen. Auf dem vorigen Verbandstag war eine Kommission eingesetzt worden, die sich mit obiger Angelegenheit eingehend beschäftigt hat. Es ist nun von dieser Kommission vorgeschlagen, sämtliche Kriegsveteranen aus der Bevölkerung Lübecks in einem wertvoll auszustattenden Buche zu verewigen mit Ausnahme derjenigen Veteranen, welche sich durch ihre politische Gesinnung von Kaiser und Reich entfernt haben.

Es ist eine überaus harte Strafe, die man über die Veteranen, welche sich durch ihre politische Gesinnung von Kaiser und Reich entfernt haben, verhängt hat; sie bekommen kein wertvoll ausgestattetes Buch; sie jene Leute, die auf Kommando Hurrah schreien können. Wir glauben, daß unsere Genossen, die an Tapferkeit vor dem Feinde hinter niemand zurückstehen, mit Vergnügen auf eine „Ehre“ verzichten werden, die abhängig gemacht wird von ihrer politischen Ueberzeugung resp. Ueberzeugungslöslichkeit. Schließlich ist ja der ganze „Ehrungs“-rummel eine private Angelegenheit des Kriegerverbandes, — wenn nicht beabsichtigt wäre, den Senat um eine Beihilfe zu den Kosten zu ersuchen. Der Senat wird wahrscheinlich dem Wunsche der Kriegerveteranen zustimmen, und aus dem Säckel der Steuerzahler den größten Teil der geplanten „Ehrung“ bezahlen. Dagegen müssen wir uns allerdings auf das entschiedenste wenden.

Vor dem Schwurgericht hatte sich gestern der Kaufmann J. J. W. Bohnhoff von hier zu verantworten und zwar wurde derselbe beschuldigt der Urkundenfälschung und des Betruges. Die Anklage geht dahin, daß Bohnhoff 1) im Jahre 1902 ein Wechsel-Indossement seines Bruders auf einen Wechsel über 2000 M., 2) im Jahre 1903 ein Wechsel-Indossement über 250 M. des Kaufmanns Ernst Kooops in Altona, 3) im Jahre 1905 ein Wechsel-Indossement über 250 M. des Schneiders Remerens, 4) im Jahre 1905 ein Wechsel-Indossement über 67 M. des Arbeiters Lenschow fälschlich angefertigt und von denselben zum Zwecke einer Täuschung Gebrauch gemacht und durch dieselben vier Handlungen, in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen 1) der Firma Louis Wolff u. Co. um 2000 M., 2) der Firma J. N. Stollersohn um 250 M., 3) der Privatbank um 150 M. und 67 M. dadurch beschädigt hat. Weiter wird Bohnhoff zur Last gelegt, daß er eine auf seinen Wunsch gefälschte Urkunde benutzt hat, um den Spar- und Vorsparverein in Schwartau um eine erhebliche Summe zu schädigen. Schließlich hat der Angeklagte auch die Volksbank in Hamburg viermal unter Hinzuziehung falscher, gefälschter Bürgen um insgesamt 14000 M. gezwollt. Bohnhoff ist im Wesentlichen geständig, nur bestreitet er, die Fälschung der Wechsel auf Lenschow und Remerens begangen zu haben. Diese beiden Fälle scheiden mit allerseitiger Zustimmung aus der Verhandlung vorläufig aus. Interessant war die Art und Weise, wie die Wechselgefälschungen und der Bürgschaftswechsel vor sich ging. Bohnhoff erklärte ganz treuherzig, er sei ohne böse Absicht nach Hamburg gefahren, in die erste beste Wirtschaft gegangen und habe seinem zufälligen Tischgenossen davon erzählt, daß sein in Schweden wohnhafter Schwager nicht als Bürge fungieren wolle. Der ehrenwerte Tischgenosse, dessen Namen B. nicht kennen will, mußte sogleich Rat; er fälschte die Unterschrift des Schwagers und den Beglaubigungstempel, wofür er angeblich 10 M. erhalten hat. Daß dieses Märchen Glauben finden würde, kann doch nur ein sehr naiver Mensch annehmen. Genau so unglauwürdig war Bohnhoffs Erzählung über die

Gewinnung der falschen Bärge. Er will sie in Hamburg in einer beliebigen Wirtschaft am Rindmarkt erworben und nie ihren Namen erfahren haben. Die Schwindelei ging auf den Namen des Kaufmanns Duffer in Hamburg, der allerdings nicht wissen will, daß die Bärge falsch waren. Die Geschworenen bejahten sämtliche Schuldfragen, worauf Robnoff zu 5 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am kommenden Montag morgen 10 Uhr statt. Wie verlautet, hat man die Sitzung diesmal aus Rücksicht auf die Anwesenheit eines auswärtigen Vereins in Lübeck auf den Vormittag angesetzt. Wir glauben nicht, daß man auf diese Art den Bürgerchaftsmitgliedern einen Gefallen erweist, die am Tage in ihrem Berufe tätig sein müssen. Sind einmal, entsprechend dem Wunsche der Bürgerchaft, die Abendstunden eingeführt worden, so darf nicht gelegentlich, aus welcher Rücksicht es auch sein mag, davon abgegangen werden. War es nicht möglich, die Sitzung am Montagabend abzuhalten, so hätte man eben einen anderen Abend nehmen müssen.

Den Offenbarungseid leisteten im Monat April vor dem hiesigen Amtsgericht 13 Personen, darunter zwei Frauen.

Hansa-Theater. Direktor Max Samst, welcher von einer kurzen Reise zurückgekehrt ist, spielt in „Die kleinen Vagabunden“ die Rolle des Mr. Wallins, welche er mit größtem Erfolge überall darstellte.

Der Erst der Selbstmörder? Am Montag morgen wurde auf der Balingen Leiche die Leiche eines unbekannt, anscheinend dem Schlachterstande angehörenden Mannes gefunden. Der Verstorbene, welcher sich mit einem Dolchmesser die Kehle durchgeschnitten hatte, ist etwa 20 bis 25 Jahre alt, von schlanker Statur und ca. 1,65 Meter groß. Bekleidet war die Leiche mit hellgrauer, gestreifter Hose, dunklem Jackett, Schlachterbluse, blauer Tuchmütze mit Schirm und Halbschuh. Auf dem rechten Arm des Toten sind die Worte „Gott lebe die Schlachtere!“ und darunter ein Ochsenkopf mit den Buchstaben D. J. eintätowiert. Personen, die über die Persönlichkeit des Toten Auskunft geben können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalabteilung oder bei dem Gemeindevorsteher in Balingen zu melden.

Die Vespere verderben gute Sitten. 150 aus Finnland ausgewiesene Ausländer trafen gestern Nachmittag mittelst des Dampfers „Sinnea“ hier ein und wurden mittelst Schulleute nach dem Bahnhof gebracht. Von Lübeck aus begaben sich die Leute nach Hamburg, um von dort nach Argentinien zu reisen, wo sie sich eine neue Heimat zu gründen gedenken. — So beantwortet man anscheinend in Rußland die Ausweisungen russischer Staatsangehöriger, wie sie in letzter Zeit massenhaft in Berlin vorgekommen sind, mit Repressivmaßnahmen.

Im Wilhelm-Theater wird am Mittwoch die Oper

„Die Schützenliesel“ gegeben. Vorher findet ein Garten-Konzert statt.

Stadthallen-Theater. Auf das so interessante Gastspiel der Trauttmannsdorfer Madelaine machen wir besonders aufmerksam. Hierzu kommt der Schwank „Der sechste Sinn“ von Tisch und das urkomische Lustspiel: „Eine vollkommene Frau“ zur Aufführung.

Schwartau. In dem Streik der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in Schwartau, Banskendorf und Niendorf a. O. ist infolge einer Ueberlegung eingetreten, als der Unternehmer Hargus die aufgestellte Forderung voll und ganz anerkannte; es wird die Arbeit am Dienstag, den 16. Mai, bei diesem Unternehmer wieder aufgenommen; da derselbe dringende Arbeiten hat, mußte er in den sauren Apfel beißen.

Hamburg. Von der Kaiserin Auguste Viktoria wird der Post „Sta.“ aus London gemeldet: Während der Ueberfahrt des Dampfers von Hamburg nach Dover fand ein blutiger Streit zwischen deutschen und englischen Matrosen (Streitbrechern) statt. Die Offiziere trennten die Kämpfenden, deren Zahl sich auf hundert belief. Zwei Engländer wurden ins Meer geworfen, einer ertrank. Mehrere schwerverwundete Engländer wurden nach Hamburg zurückgeschickt. Herr Wallin kann stolz sein auf sein Schiff. Wenn ein deutscher Matrose auf einem Ballinschiff einen Vorgesetzten schief ansieht, wird er schon wegen „Meuterei“ schwer bestraft. Herr Wallins „Weltbericht“ aber, den er auf die Kaiserin Auguste Viktoria zusammengefasst, haut ungestrast auf dem Ballinschiff schlummer als eine Räuberbande aus den Abruzzen. (Auf demselben Schiff fand auch die blutige Schlägerei statt, über die wir vor einigen Tagen berichteten.)

Neumünster. Der Textilfabrikantenverein hat einen Anschlag in sämtlichen Fabriken verteilen lassen, demzufolge, falls die Ausständigen der Firma Mehrrens bis Mittwoch die Arbeit nicht aufgenommen haben, die Aussperrung sämtlicher in den hiesigen Fabriken beschäftigten Arbeiter vor sich gehen soll, und zwar so, daß am Mittwoch in acht Tagen sämtliche hiesigen Textilfabriken stillgelegt sind. Es kommen dabei mehrere tausend Arbeiter in Frage.

Malchin. Vom fürstlichen Diebstahl. Sonnabend vormittag begannen in der Affäre der Fürstin Wrede die ersten Vernehmungen der geschädigten Berliner Hotelbesitzer. Die Hotelbesitzer erklärten übereinstimmend, daß seinerzeit nicht der geringste Verdacht auf die Fürstin als Diebin fiel. Selbst wenn man das Fehlen des Silbergeschirrs bemerkt hätte, was aber nicht der Fall war, hätte niemand im Hotel gewagt, einen Verdacht gegen die Fürstin Wrede auszusprechen. Nach den Aussagen der Hotelbesitzer ließ der Richter die Pakete auspacken und zeigte den Direktoren das mitgebrachte Silber-

geschirr. Die Herren erkannten es als aus ihrem Besitz stammend wieder, trotzdem an den meisten Stellen die Monogramme ausgefeilt waren. Die Form der silbernen Teller, Tassen, Saucieren usw. und der Stempel der Fabrik genügt, um die Identität festzustellen. Nach Beendigung der Vernehmungen wurde das gestohlene Gut vorläufig nach dem Polizeipräsidium geschafft. Die Direktion des Kaiserhof und des Hotel Westminter gehen jetzt daran, durch Aufnahme des Silber-Inventars die Höhe des Schadens festzustellen. Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft in Berlin hat der spanische Justizminister Sonntag vormittag im Palais des Fürsten Wrede in Madrid eine Hausdurchsuchung vornehmen lassen. Die Hausdurchsuchung förderte nichts von den im Besitze der Staatsanwaltschaft genannten Gegenständen zu Tage. — Wie verlautet, leidet die Fürstin Wrede an „Kleptomanie“. Es wird wohl wenig Leute geben, die daran zweifeln — daß es so kommen würde!

Güstrow. Die hiesigen Bauarbeiter sind am Freitag in den Ausstand getreten, weil ihnen die Arbeitgeber keinen Stundenlohn von 32 Pf. und vom 1. Oktober ab von 34 Pf. Stundenlohn zahlen wollen. Nunmehr versuchen die Unternehmer es, den Streikenden mittels schwarzer Listen unumwunden zu machen, anderorts Arbeit zu erhalten. Dabei wird eine ganz neue Manier befolgt. Während die schwarzen Listen bisher unter der Hand an auswärtige Arbeitgeber versandt wurden, kann man am 13. Mai die Streikbriefe sämtlicher Streikenden veröffentlicht vom Arbeitgeberverband, in der amtlichen „Güstrower Zeitung“ lesen. Obwohl nicht anzunehmen ist, daß der Arbeitgeberverband mit seinem Vorgehen Glück haben wird, so möchten wir doch einmal die Frage aufwerfen: Was würde wohl die Staatsanwaltschaft tun, wenn Arbeiter in derselben Weise vorgehen, wie es hier seitens der Unternehmer gegen die Arbeiter geschieht? Daß sie stillschweigend zusehen würde, ist doch nicht gut anzunehmen!

Bremer. Der Streik der Seeleute ist auch hier beendet. Die Ausständigen beschloffen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Briefkasten.

Zwei Streikende. Der Erwerb des Bürgerrechts ist abhängig von einer ununterbrochenen jährigen Steuerzahlung in Lübeck. Wer das Bürgerrecht besitzt, ist auch zur Bürgerchaft wahlberechtigt.

Amliche Notierungen der Produktbörse.

Inländisches Getreide. Lübeck, 12. Mai.
Weizen, 125—130 Pfd. holl., Mt. 180—185, Roggen, 120—125 Pfd. Mt. 160—165, Hafer, je nach Qualität Mt. 165—175, Gerste, je nach Qualität Mt. 160—170.

Ein möbliertes Zimmer
an 2—3 junge Leute zu vermieten
Schützenstraße 24 a.

Zum 1. Juli eine Wohnung
zu vermieten, Preis 210 M.
Baleffstraße 4.

In verm. ein freundliches Logis,
Woche 2 M. mit Kaffee
Warendorffstraße 36, III.

Zum 1. Juli kleine Wohnung von 2
Zimmern, Küche und Zubehör, pass. für 2
Leute, Preis 140 M.
Brickstraße 7, I.

Ein größeres Kammermädchen
bei Kindern zu sofort gesucht
Georgstraße 16 a, part.

Gesucht sofort eine Näherin
Schützenstraße 26, I.

Ein Sportwagen zu verkaufen
Friedenstraße 81, part.

Kartoffelland mit Einfaat, 21 Auten,
wegen Umzug zu verpachten
Hügelstraße 121, Hof, 6—8.

Zu verkaufen ein guterhaltener starker
Kinderwagen
Gloginstraße 4 a

Am Sonntag den 13. Mai, von nachm 1 1/2 bis
8 Uhr, ist mir ein Stabchen abhanden gef.,
vermutlich gestohlen. Ich sichere demjenigen, der
mir den Täter so nachweist, daß derselbe gerichtlich
zur Verantwortung gezogen werden kann, eine gute
Belohnung zu Aug. Drefsen, Glandorffstr. 44.

Feinste holsteinische
Meierei - Butter
Band 1.20 M.
Wilhelm Süike, Warendorffstraße 25.

Kleinverkauf
von Spirituosen.
Heinrich Arfft, Vorbeckstr. 12.

Adolf Hübner, Uhren u. Gold-
warenhandlung,
u. Reparaturwerkstatt. Hänfhaufen 13.

F. G. T. O.
Deutsche Großloge □ Lubeca No. 59
tagt jeden Dienstag und Freitag
abends 9 Uhr
bei H a s s e, Johannisstraße 25.
Aufnahme neuer Mitglieder daselbst.

Auf jede Reparatur kann gewartet werden
in der

Schuh-Reparatur-Werkstatt
mit elektrischem Betrieb, früher Holstenstraße 33,
jetzt 7 Fünfhausen 7, B. Thiele.

Herren-Sohlen 1.85 M., Damen-Sohlen 1.25 M., Knaben-Sohlen 0.90—1.50 M.
Mädchen-Sohlen 0.80—1.10 M., Kinder-Sohlen von 0.50 M. an.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Schmidt.

Verleger: Theodor Schwarz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.



Die Kühe gehen ins Gras
Jetzt Zeit zur Milchkur
in jeder Form.
Hansa - Meierei.

ARGARINE
ohra
Butter
Ludw. Hartwig.
Sie erhalten Lubeca-Marken
Stets frisch im Karton und auch
ausgebogen erhältlich bei uns

Achtung Maurer!
Mitglieder-
Versammlung
am Mittwoch den 16. Mai
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Erhöhung des Wochenbeitrages.
2. Anschlag an das Kartell.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Auskunft „Deutschland“
G. m. b. H.
Breitestraße 24, I.

Einen Ersatz
für die beliebte Delikatesse-Margarine Solo in Carton giebt es nicht, es sei denn beste Butter! Andere Marken mögen vielleicht billiger angeboten werden, aber sie sind nicht mit **Solo** in Carton zu vergleichen, die in Feinheit der Qualität, Frische und Wohlgeschmack unübertroffen dasteht. Man achte bei jedem Paket auf Garantiedatum und Siegelverschluss! **Überall erhältlich.**

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhr-
Königsstraße 62, b. d. Hügelstraße.

Einladung zum
BALLO
der
Schneider und Schneiderinnen
verbunden mit Preisschießen
am Sonntag den 20. Mai 1906
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.
Anfang des Schießens 4 Uhr.
Ballanfang 6 Uhr Ende 2 Uhr.
Herrentafel 60 Pfg., eine Dame frei.
Einzeln Damen 30 Pfg., wofür Garderobe.

Vorläufige Anzeige.
Am Sonntag den 10. Juni 1906:
Ausflug nach der Holt. Schweiz.
Um recht rege Beteiligung ersucht
Das Komitee.

Hansa-Theater
Gastspiel des Samst-Ensemble.
Ab Dienstag täglich:
Die kleinen Vagabunden.
Gr. amerik. Sensationsstück in 8 Bild.
von Mac Sinley.
(Repertoirestück der ersten Bühnen Englands.) Vom Metropols in Deutschland 500 mal mit größtem Erfolg aufgef.)
1. Bild: Die Trennung; 2. Bild: Die Landstreicher; 3. Bild: Ausgesetzt; 4. Bild: Die kl. Vagabunden; 5. Bild: Wiedergefunden; 6. Bild: In der Verbrecherhöhle; 7. Bild: An der Schleuse; 8. Bild: Getrennt und vereint.
Sommer-Preise. Vorverkauf in Sager's Zigarrenge. u. a. d. Theaterkasse.

Wilhelm-Theater.
Mittwoch den 16. Mai. Anfang 8 Uhr.
Operetten-Abend.
Die Schützenliesel.
Anfang des Garten-Konzerts 7 Uhr.
Vorverkauf wie gewöhnlich.

Stadthallen-Theater.
Mittwoch den 16. Mai. Anfang 8 Uhr.
Gastspiel der Trauttmannsdorfer
„Madeleine“.
Hierzu:
Der sechste Sinn, Schwank von Tisch,
und
Die vollkommene Frau, Lustsp. von Gellib.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 12. Mai 1906.

101. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Bosadowsky.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Diätenvorlage und der mit ihr in Verbindung stehenden Vorlage betr. Aenderung der Artikel 28 und 32 der Reichsverfassung.

Die Kommission beantragt Annahme der Aenderung des § 22 der Reichsverfassung, der in seiner jetzigen Fassung eine Entschädigung der Abgeordneten ausschließt, dagegen die Ablehnung der Aenderung des § 28. (Die Regierungsvorlage verlangte Abänderung des genannten Paragraphen dahin, daß für Abstimmlinge über Geschäftsordnungsanträge die Minimalpräsenzliste abgeschafft werden sollte.)

Graf Pompejch (B.) begrüßt die Vorlage in der Kommissionssassung und erhofft von ihr Segen für Kaiser und Reich und Wüderung der Gegensätze von Nord und Süd, Ost und West. (Lebh. Beif. i. Zentr.)

Staatssekretär Graf Bosadowsky schließt sich diesen Wünschen an, bittet aber um Annahme der vorgeschlagenen Aenderung des § 28. Die Aenderung soll verhindern, daß bei einer etwaigen, wenn auch hoffentlich nicht vorkommenden Beschlunfähigkeit des Reichstages reine Geschäftsordnungsdebatten die kostbare Zeit des Hauses in Anspruch nehmen.

Dr. Arendt (N.B.) bedauert, daß die verbündeten Regierungen vor dem Widerspruch der Freisinnigen und Sozialdemokraten zurückgewichen seien und die Aenderung des § 28 nicht zur unerlässlichen Bedingung der Gewährung der Diäten gemacht haben. Die Wünsche der Konservativen haben nicht eine solche Berücksichtigung erfahren.

Singer (S.D.): Wir werden gegen die Aenderung des Artikels 28 stimmen. Im Lande ist man der Ueberzeugung, daß die vorgeschlagene Aenderung einen Eingriff in die Rechte des Reichstages bedeute. Mit der Streichung dieser Aenderung fallen unsere prinzipiellen Bedenken gegen die Vorlage fort, wenn wir auch noch mancherlei sachliche Bedenken haben. Jeder Angriff der Regierung auf Rechte des Reichstages wird auf unseren unbefleglichen Widerstand stoßen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Wir verkaufen keine Diäten durch Verzicht auf Rechte des Reichstages. (Beifall b. d. Soz.) Ich würde es bedauern, wenn die Regierung die Gewährung von Diäten an die Aenderung des § 28 knüpfte. Wenn der Reichstag sich darauf einlassen würde, würde er sich selber richten. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Bassermann (N.) tritt für die Annahme der wesentlichen Verbesserungen enthaltenden Kommissionsbeschlüsse ein. (Lebhafte Bravo! bei den National-liberalen.)

v. Staudy (N.) bedauert, daß die Regierung die Diäten gewähre, ohne auf der Aenderung des Paragraphen 28 zu bestehen. (Lebhafte Beifall bei den Konservativen.)

Staatssekretär Graf Bosadowsky erklärt, daß er im Namen der Mehrheit der verbündeten Regierungen gesprochen habe. (Hört! Hört! links.) In der Kommission hat Herr v. Staudy Anträge gestellt, die darauf hingingen, den Zweck des Gesetzes zu gefährden. (Hört! Hört! links und im Zentr.) Wenn also die Konservativen in der Kommission Abschwächung der von der Regierung geforderten Forderungen beantragten, so dürfen sie doch nicht jetzt im Plenum ihre Ablehnung der Diäten damit begründen, daß die Regierung an der abgelehnten Abänderung des § 28 nicht die Diätenvorlage scheitern lassen will. (Lebh. Beifall i. Zentr. u. links.)

Dr. Müller-Sagan (F.P.): Der Reichstag darf sich nicht gegen Gewährung von Diäten auf eine Aenderung der Verfassung einlassen. Trotz mancherlei Bedenken sind wir mit der Vorlage, wie sie aus der Kommission hervor-

gegangen, im großen und ganzen einverstanden. (Beifall links.)

Dr. Spahn (B.) betont gegenüber dem Abgeordneten v. Staudy, daß die Vorlage über die Verfassungsänderung der Beratung der Diätenvorlage vorangehen müßte.

Dr. Bachnick (F.P.) äußert sich im Sinne der Ausführungen des Abg. Dr. Müller-Sagan. Eine Aenderung des § 28 ist auch sachlich unmöglich, da die Diäten die Präsenz des Hauses sichern werden.

Liebermann v. Sonnenberg (Wag.) ist für die Diäten und gegen die Aenderung des § 28.

Graf Bernstorff (Welfe) ist gegen die Diäten und für die Aenderung des § 28. (Große Heiterkeit links.)

v. Staudy (N.) bedauert lebhaft die vorigen Aeußerungen des Grafen Bosadowsky. (Bravo! rechts.) Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wird die Aenderung des § 28 gegen die Stimmen der Mehrzahl der Konservativen und eines Teils der Reichspartei abgelehnt, die Aenderung des § 32 dagegen angenommen.

Es folgt die Beratung der eigentlichen Diätenvorlage.

Zu § 1a beantragt die Kommission freie Eisenbahnfahrt während der Session sowie 8 Tage vorher und nachher durch das Reich, während die Regierungsvorlage nur die Freifahrt zwischen dem Wohnort des Abgeordneten und dem Sitze des Reichstages gewähren will.

Zu § 1b beantragt die Kommission außerordentliche Regelung der Ratenzahlungen. Die Restsumme von 1000 Mt. soll auch nach der Kommissionssassung bei Schließung des Reichstages ausgezahlt werden. Dagegen sollen die übrigen 2000 Mt. in 5 Raten à 400 Mt. vom ersten Dezember ab (statt wie in der Regierungsvorlage in 4 Raten à 500 Mt. vom 1. Januar ab) zur Auszahlung gelangen.

Staatssekretär Graf Bosadowsky hält die freie Fahrt in dem von der Regierung vorgeschlagenen Umfange für völlig ausreichend. Erhebungen zu veranlassen, ist Sache der Regierung und nicht der Abgeordneten.

§ 1a wird in der Kommissionssassung angenommen.

Bei § 1b begrüßt

Dr. Arendt (N.B.), daß sich jetzt auch die Sozialdemokraten mit dem anfangs so hart angefeindeten Prinzip der Ratenzahlung auseinandersetzen haben.

v. Richthofen (N.) begrüßt die Verbesserungen durch die Kommissionssassung.

Singer (S.D.) weist die Angriffe des Abg. Dr. Arendt zurück. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß Anwesenheitsgelde einer Pauschalsumme vorzuziehen sind. Doch ist mit der Ablehnung der Aenderung des § 28 unser prinzipieller Einwand gegen die Vorlage gefallen. (Beifall b. d. Soz.)

§ 1b wird in der Kommissionssassung angenommen.

§ 2 setzt die Abgabe für veräumte Sitzungen fest. Die Kommission beantragt Herabsetzung des Abzugs von 30 auf 20 Mt. pro Kopf und Sitzung.

Staatssekretär Graf Bosadowsky hält daran fest, daß ein Abzug von 30 Mt. das Richtige wäre. Die Pauschalsumme von 3000 Mt. beruht auf derselben Berechnung, da man durchschnittlich hundert Sitzungen auf eine Session rechnen kann.

§ 2 wird mit großer Mehrheit in der Kommissionssassung angenommen, ebenso § 3, der jedem neu einsetzenden Mitglied 20 Mt. pro Sitzung der laufenden Session gewährt und von der Kommission unverändert gelassen ist.

§ 4 handelt von den Kontrollbestimmungen. Nach der Kommissionssassung soll die Anwesenheitskontrolle durch Selbsteintragung der Abgeordneten in eine Anwesenheitsliste vorgenommen werden. Die Abwesenheit während einer namentlichen Abstimmung macht die Eintragung in eine Liste hinfällig.

§ 4a, dessen Diskussion mit der über § 4 verbunden wird, überläßt in der Kommissionssassung die näheren Bestimmungen über die Anwesenheitsliste lediglich den Präsidenten.

Singer (S.D.): Ich bitte den Präsidenten, über die zweite Bestimmungen des § 4 besonders abstimmen zu lassen. Wir werden gegen diesen Abzug stimmen, der die Forderungen der Gerechtigkeit ins Gesicht schlägt. Die Fehlen bei namentlichen Abstimmungen soll gestraft werden, aber Strafe kann doch nur eintreten, wenn ein Beschuldener vorliegt. Nun gibt es ganz zweifellos eine ganze Reihe von Fällen, wo ein Abgeordneter bei einer Abstimmung fehlen kann, ohne daß ihm das geringste Verschulden trifft. Er ist vielleicht in der Bibliothek bei einer wichtigen Besprechung über eine Vorlage oder bei der Ausarbeitung eines Kommissionsberichtes und kann bei der Kürze der Zeit nicht schnell genug aus einem entlegenen Zimmer den Sitzungssaal hinunterkommen, wenn er das Glockenzeichen überhaupt hört. Soll nun vielleicht ein mit wahrer Eile in den Saal stürmender, den Abstimmungszettel schwingender Abgeordneter mit drohendem Blick über den ganzen Saal begrüßt werden. (Heiterkeit b. den Soz.) Auch kann diese Bestimmung leicht den Verdacht erwecken, als ob ihre Freunde überhaupt die namentlichen Abstimmungen in Wegfall kommen lassen möchte. Man hätte doch wirklich diese Vorlage so einrichten können, daß sie ohne jede Diskussion annehmbar gewesen wäre und hätte sie nicht mit derartigen Bestimmungen besetzt. Soll ein Abgeordneter auch bestraft werden, weil er in einer langen Sitzung an drei namentlichen Abstimmungen teilgenommen hat und aus einem zwingenden Grunde an der vierten nicht teilnehmen kann? Es ist gegeben worden, daß die Bestimmung verhindern soll, daß sich eine Anzahl Abgeordneter einer namentlichen Abstimmung entziehen. Nach meiner Auffassung kann eine solche Nichtteilnahme unter Umständen eine sittliche Pflicht sein und keine Fiktion, die etwas auf sich hält, wird sich durch Strafgelder davon zurückschrecken lassen. Ich bitte um Ablehnung der aus kleinem Volkseigefisse geborenen, ungerechten, chifandien und noch dazu unedlen Bestimmung des Absatzes 2. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Bosadowsky: Auch die Regierung bringt am liebsten Vorlagen ein, die dem ganz Reichstag gefallen. (Heiterkeit.) Aber bei den viel Fraktionen, in die der Reichstag zerfällt, ist das sehr möglich. Ich bitte um Aufrechterhaltung der vom Verordneter angefochtenen Bestimmung und ich glaube kaum, daß die Vorlage eine Ablehnung dieses Absatzes vertragen würde. (Hört! Hört! links.)

Dr. Pothoff (F.P.) bittet, wenigstens dem § 4a eine mildere Fassung zu geben. Eine etwaige Diskussion werde auch durch diese Strafgelder nicht verhindert werden. (Beifall links.)

Führ. v. Richthofen (N.) äußert ebenfalls Bedenken gegen diese Bestimmung. Vielleicht empfiehlt sich die Einführung einer lauten Abstimmungsmappe. (Heiterkeit)

Dr. Arendt (N.B.) verteidigt lebhaft das Kontrollsystem.

Graf Limburg-Sturum (N.) schlägt vor, die Kontrolle mittels der Abstimmungskarten vornehmen zu lassen.

Dr. Bachnick (F.P.) findet, daß die Kommission beschlüsse das Kontrollsystem wesentlich würdiger gestalten haben. (Beifall b. d. Natlib.)

Dr. Spahn (B.): Wir können auf die Bestimmung des § 2 Absatzes des § 4 nicht verzichten, weil die Erhöhung der Präsenz der eigentlichen Zweck dieses Gesetzes ist. Eine namentliche Abstimmung muß alles andere zurückstehen. Mit Krankheit ist es eine andere Sache. (Beif. im Zentrum.)

Hiermit schließt die Debatte.

Beide Sätze des § 4 werden gegen die Stimmen Sozialdemokraten, Freisinnigen und außer dem Abg. Bachnick angenommen.

§ 4a wird gegen die Stimmen des Abg. Limburg

Im Banne des Spiritismus.

Zeitroman von Friedrich Thiele.

10. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Meiner Tante befehlen. — o tun Sie das nicht, mein Herr“, rief er in fast flüchtendem Tone. „O mein Gott, die Unglückliche — es würde ihr Tod sein, wenn eine solche Nachsicht sie unvorberichtet überfiele. Sie hat erst vor zwei Jahren ihren geliebten Gatten durch einen plötzlichen Unfall auf der Jagd verloren — damals schon war sie dem Tode, dem Wahnsinn nahe.“

Stobäus warf dem Doktor einen langen und fragenden Blick zu.

„Was sollen wir aber tun? wandte er sich dann wieder an den Gefangenen.“

„Senden Sie die Depesche an meinen Vetter, den Freiherrn Stephan von Ello-Rochfeld in Charlottenburg, damit er das Schreckliche meiner Tante vorsichtig und allmählich beibringt — die Wirkung wird auch so noch nicht so schmerzhaft genug sein“, sagte er mit einer Stimme, die die Worte, vielleicht auch Neugierde, indem er die Rechte krampfhaft vor die Augen presste, als wolle er die Bähre verbergen, die langsam an seiner bräunlichen Wange herunterfloß.

War sein Schmerz aufrichtig oder verstellt? Stobäus vermochte keine Antwort hierauf zu finden, er bemerkte nur kurz, man werde der Bitte Arthur's entsprechen, und erteilte sodann einem der Wache haltenden Gendarmen die Befehle, einen Wagen zum Transport des Gefangenen herbeizuholen.

Wer kann einem Menschen ins Herz sehen, in das unergreifliche, tiefverborgene Herz, das so oft hinter aufrechten Blicken, hinter einhüllenden Worten, hinter einem ganzen Vorhange von Würde und Anmut niedrige Leidenschaft und fanatische Nichtswürdigkeit verhehrt?

Sechstes Kapitel.

Heißschnell glitt der leichte Schlitten auf der schneebedeckten Sandstraße dahin, von zwei schwebenden Rossen

wie ein Spielzeug seinem Ziele, dem Grundwald, entgegengeführt. Rasig läuteten die Schellen, der seltsame Dinstad bläute die harte Decke auf, die farbigen Fächchen webten und flatterten. Dr. Bow, beherzt neben Katie Hyde sich unter der warmen Pelzdecke ausstreckend und die frostigen Füße zärtlich an die mitgenommenen Wärmflasche ansetzend, fauchte ordentlich vor Vergnügen, mit glückseligem Lächeln blitzte er den aufströmenden Dampf seines Atmungsorgans in rühmlichen Stößen in die kalte Luft wie ein im Schaulustigen Sieber haltender Birginiapflanze die Ringel seiner Zigarre. Katie starrte steif und gleichgültig vor sich hin, ihre schwarzen Samtangen zeigten so wenig Teilnahme, als wären sie von Kristallglas nachgebildet.

„Freiwillig, Katie?“ hob Bow in der Absicht an, die Schwelgende zum Reden zu zwingen.

„Ich frage nie“, kam es gerötet und im halb verwehenden Tone zurück.

„Hast Du Hunger?“

„Als ob ich mich je um solche Menschenlichkeiten kümmerte — wenn ich hungere, so weiß ich es eben nicht. Ich esse, weil der sterbliche Leib ohne Nahrung nicht bestehen kann, nicht um des Genusses willen.“

Dr. Bow drehte seinen schönen Kopf nach der andern Seite, um eine leichte Grimasse zu verbergen — was ihn selbst betraf, so hatte er sich noch nicht so weit „bergeistert“ oder „entmenscht“, um von Water und Ambrosia eine befehlgebende Erfahrung zu leisten. Doch schweig er, und erst nach einiger Zeit daranlachte ihn der wunderbare Anblick, welchen die Sonne bot, sich wieder an seine Gefährtin zu wenden. Das herrliche Himmelsgeröll tauchte rauh herum alles in Gold und Blut, flüssiges Feuer brannte in den Scheiben der Fenster, ergüllte auf der Glasfläche des Hertha'sees und zerbarte glühende Streifen auf die Stämme der Bäume.

„Sieh nur, Katie, sieh, wie schön“, rief Dr. Bow begeistert, indem er ihre Hand in die Höhe hob und derselben die Richtung nach dem Wasser gab. „Sagte ich Dir nicht, auch der deutsche Winter hat seine Reize?“

„Ja“, erwiderte die junge Dame nachempfindend, „Reize? Wie kannst Du von Reizen reden in einem Lande,

wo die Vegetation sechs Monate lang in Eisbänden liegt! oßes Leben unter einer weißen Schneedecke sein Gras sind müssen die Menschen nicht in einer Umgebung kalt, kühl und schwermütig sein, wo keine glühende Sonne! Empfängnisse wärmt, keine zauberhafte Natur ihre Phant mit göttlichen Vorbildern erfüllt, kein reiner blauer Himmel eine ständige Heiterkeit des Gemüths bewahrt? O in schönes Damaskus.“ (Schloß Katie fast wehmutig, „Du w des Orients, Du Paradies der Erde — werde ich jem wieder in Deinen Olivenhainen wandeln und mich neben dem Duft Deiner Rosen?“

„Du wirst es“, Katie“, versicherte Bow mit der eigenwilligen Bestimmtheit, die ihm so kostbare Medizin möglichst guter Stimmung zu erhalten. „Wenn Du die große Aufgabe gelöst hast, wenn Hunderttausend o Millionen gläubig begehrt Deinem Prophetenbamer folgen wirst Du nach Deiner Heimat zurückkehren, und auch den Seelen Deiner Landsleute der Samen Deiner G zu pflanzen. Allerdinge kann das erst geschehen, wenn Dein Ruf bereits festgegründet, wenn Dein Name unantbar ist, denn der Prophet gilt nun einmal nichts in sein Vaterlande.“

„Ich fürchte fast, Allan, ich werde es niemals wieder sehen.“

Der Amerikaner lachte heiter. „Weg mit den trüben Grillen, Katie“, plauderte begütigend. „Du darfst nicht un dankbar sein gegen Stadt, in welcher wir bereits recht hübsche Erfolge zu zeichnen haben.“

„Aber die „Gesellschaft der Brüder der Liebe“ ist nicht konstituiert.“

„Nein, doch das läßt sich nicht über's Anie brechen. Wir müssen notwendig mit einer größeren Anzahl Mitgliedern anfangen, wenn man uns nicht auslachen soll. Die S liegt ja auch gar nicht im Feuer, wir befinden uns vorlä wohl genug. Mehr Kredit ist.“

Katie schlug ihn plötzlich heftig mit ihrem Ruff den Arm.

(Fortsetzung folgt.)

trum und einiger seiner politischen Freunde ange-
men.
Es folgt § 5, welcher bestimmt, daß ein Abgeordneter,
gleichzeitig Mitglied einer anderen politischen Körperschaft
ist, von dieser nur in soweit Entschädigung beziehen
kann, als er eine solche vom Reichstage nicht bekommt.
Hierzu beantragt Dr. Spahn (B.) Einfügung eines
§: Der Reichstag gilt im Sinne des Gesetzes nicht als
sammelt, wenn er gemäß Artikel 12 der Verfassung
tagt ist.
Dr. Arendt (Mp.) begründet einen Antrag, nach
dem die seitens anderer politischer Körperschaften ge-
hörten Entschädigungen von den Reichstagsentschädi-
gungen abgezogen werden sollen. Der § 5 in seiner
jetzigen Fassung stellt einen willkürlichen Eingriff in die
gesetzliche Verfassung dar, aber den im Landtag wohl
häufigsten Worten fallen werden. Ich fürchte, daß auch
mal in wichtigeren Fragen so mit der preussischen Ver-
fassung verfahren wird. (Sehr richtig links.) In der
Kommission haben hervorragende Zentrumsmitglieder,
deren Namen ja nur die Zeitungen nennen dürfen (Weiter-
), einen ähnlichen Antrag gestellt. Nach Ablehnung
dieses Antrags möchte ich gegen die ganze Vorlage stim-
men. (Beifall rechts.)
v. Kardorff (Mp.): Ich gehöre zu der Minderheit
der Partei, die prinzipiell das ganze Gesetz ablehnt und
es deshalb zu Einzelheiten das Wort nicht ergreifen
wird. In diesem Falle muß ich mich aber den Ausführungen
meines Freundes Dr. Otto Arendt (Seiterkeit) anschließen.
Ich werde in preussischen Landtag die Regierung inter-
pellieren, wie sie es geschehen lassen könnte, daß so mit
preussischer Verfassung umgesprungen werden könnte.
Staatssekretär Graf Posadowsky konstatiert aus-
drücklich, daß er sich gegen die Ablehnung der Abänderung
§ 5 ausgesprochen habe. Uebrigens hat sich nicht nur
viele, sondern auch Zentrum und Nationalliberale
in diesen Teil des Zentrum erklärt. — Die ver-
fassungsmäßigen Bedenken des Herrn v. Kardorff kann ich
seiner Weise teilen. Die bisherige Nichtentschädigung
Reichstagsabgeordneter beruht auf dem Artikel 32
Reichsverfassung. Das Reich hat aber nun unweifel-
los das Recht zur Veränderung eines Artikels seiner Ver-
fassung. Die Annahme des Antrags Arendt würde be-
deuten, daß die einzelnen Reichstagsabgeordneten ganz
scheiden entschädigt würden, da die Landesdiäten ja
verschieden sind. Außerdem würde der Antrag
zur wesentlichen Abschwächung der Befähigungs-
sachen, also den Hauptzweck des Gesetzes vereiteln.
Ich möchte gerade möglichst die Doppelmandate befein-
gen, die ein offener Mißstand sind; der Antrag
würde ihren Fortbestand erleichtern. Wir gestehen
daß es sich empfiehlt, daß führende Abgeordnete im
Reichstage und im Landtage sitzen; das wird aber auch
bei der Annahme der von uns vorgeschlagenen Bestim-
mung bleiben. Die jetzige Ausdehnung der Doppelman-
date ist bedenklich. — In Zukunft wird sich der
preussische Abgeordnete so viel an preussischen Tagesgebern
haben lassen müssen, wie ihn hier im Reichstage Ab-
schick gemacht worden sind. Das läßt sich genau
stellen und die Rechnung ist eine sehr einfache. (Sehr
gut und Seiterkeit.) Einer Interpellation des Herrn
Kardorff gegenüber wird die Regierung mit gutem Ge-
hen die von ihr im Bundesrat eingenommene Stellung
erklären können.
Dr. Kintelen (B.) bleibt auf der Tribüne unver-
ändert. Man hört nur das Sehr wahr! seiner Partei-
genossen.
Staatssekretär Graf Posadowsky polemisiert gegen
auf der Tribüne unverändert gebliebenen sachjuristi-
schen Ausführungen des Vorredners. Die Ausführungen
sich im wesentlichen um die Frage der Kompetenz-
erweiterung, d. h. um die Frage, ob das Reich durch reichs-
liche Akte seine Kompetenz ausdehnen kann.
Dr. Bachnick (Bp.) tritt den Ausführungen des
Staatssekretärs bei. (Beifall links.)
Staatssekretär Graf Posadowsky konstatiert, daß
eine und des Abg. Bachnick Ausführungen doch nicht
a. Was hier vorgeschlagen werde, sei eine Ver-
änderung, aber keine Kompetenzerweiterung.
Dr. Paasche (Mp.) tritt für die Kommissionssaffung
draußen im Lande wird man sagen, daß die Kom-
missionen fähige, aber unbemittelte Männer nicht in den
Reichstag gelangen lassen wollen. Wenn die Einzelstaaten
Bedenken haben, weshalb sollen wir denn solche gel-
machen. (Sehr wahr! b. d. Reih.)
Staudy (B.): Unser Widerstand gegen die Diäten
geht aus der Befürchtung, daß die Qualität der
Reichstagsabgeordneten sich vermindern würde. Wir
sind für Streichung des ganzen gegen die Doppelman-
date gerichteten Paragraphen; da aber ein dahin zielen-
der Antrag Arendt stimmen. (Beifall rechts.)
Dr. Müller-Sagan (Bp.): Der Antrag Dr.
Arendt hat manche Zweckmäßigkeitsgründe für sich, da er
die Entschädigung vieler Reichstagsabgeordneter
verbesere und verschiedene Einzelstaaten abhängig
n würde, werden wir dagegen stimmen. (Beifall.)
Dr. Spahn (B.) bekämpft den Antrag Arendt.
Dr. Arendt (Mp.) polemisiert gegen den Staats-
sekretär Graf Posadowsky.
Staatssekretär Graf Posadowsky wendet sich
den Vorredner.
Dr. Spahn (B.) tritt für die Kommissionssaffung ein.
Es wird in der Kommissionssaffung angenommen.
Dr. Spahn (B.) wird ebenfalls angenom-
men.
Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte ange-
nommen.
Die Kommission schlägt eine Resolution vor, zu
den, ob die Bestimmungen über den Zeitpunkt der
Annahme von Anträgen auf namentliche Abstimmungen
ändern sind und ob die Sonntags- und Montag-
sachen in der Regel ausfallen können.
Bel (B.): Ich habe die Erklärung abzugeben,
ir gegen die Resolution stimmen werden. Das Ge-
setz ist eingebracht worden, um die Beratungen des Reichs-
tages zu fördern, und die Tätigkeit der Sozialdemokratie
zu fördern. Man hat uns oft den Vorwurf gemacht,
ir die Zeit des Reichstags unnötig in Anspruch neh-
men. (Sehr richtig! rechts.) Als Oppositionspartei und
Land vielfacher Verfolgungen brauchen wir zur Ver-
meidung unserer Beschwerden mehr Zeit, als die Herren,
ir den Maßnahmen der Regierung einverstanden
Wir haben deshalb alle Ursache, uns gegen jede
intendende Bestimmung der Geschäftsordnung zu er-
klären. (Beifall b. d. Sop.)
Dr. Arendt (Mp.): Ich stelle fest, daß in der Kom-
mission die sozialdemokratischen Mitglieder die Reso-
lution ablehnen.
Bel (B.): Es kommt vielfach vor, daß ein Ab-
geordneter einen Antrag aus Gefälligkeit unterschreibt,
Beantwortlicher Redakteur: Joh. Steiling. — Verleger: Theodor Schwark. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Samliche in Abbed.

außerdem kann man bei dem ersten Durchlesen auch häu-
fig nicht die Tragweite eines Antrages übersehen. Ver-
glieder in der Kommission, maßgebend ist lediglich ein Be-
schluß der Fraktion. (Beifall links.)
Damit schließt die Debatte.
Die Resolution wird angenommen.
Das Haus vertagt sich.
Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Tagesordnung:
1. zweite Beratung einer Novelle zum Börsensteuergesetz;
2. erste und zweite Beratung einer Novelle zum Ge-
setz über die Ausgabe von Reichskassenscheinen; 3. zweite
Beratung des Bogelschutzgesetzes; 4. Mantelgesetz zu den
Steuervorlagen.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Soziale und Parteileben.

**Aus dem in- und ausländischen Gewerkschafts-
leben.** Die Lohnbewegung der Sattler in Königs-
berg ist durch Vergleich beendet. — In Berlin legten in
der Bestenfabrik von Mühlstein u. Nagel 37 Arbeiter Lohn-
differenzen halber die Arbeit nieder. — Im mitt-
deutsches Braunkohlenbergbau beschloßen die
Streikenden, der Kampf fortzusetzen. — Die Differenzen im
Münchener Tischlergewerbe sind beendet. — Das
Gewerkschaftsstatut in Frankfurt a. M.
lehnte mit 43 gegen 20 Stimmen einen Antrag ab, der die
Ausklammerung an Nichtorganisierte abschaffen wollte. —
Die Wiener Bauarbeiter beschloßen die Aussperrung
sämtlicher Wiener Bauarbeiter. — Die Wiener
Aufhebung des Böhms über 15 Wiener Bauarbeiter ver-
weigern. — Der Proteststreik in Italien ist jetzt
allenfalls beendet. — In Frankreich stehen gegen-
wärtig 1/2 Million Arbeiter im Auslande.
Der allmächtige Schutzmann. Das Kammer-
gericht hat wieder einmal durch eine Entscheidung seinen
merkwürdigen Standpunkt über die Befugnisse der
Polizeibeamten gegenüber dem Publikum
betätigt. Der in Betracht kommende Fall hatte das
Schöffengericht und das Landgericht in Dortmund be-
schäftigt. Der Angeklagte hatte Streikposten gestanden.
Einem Polizeibeamten aufgefördert wurde, sich aus der
Gegend am Bahnhof zu entfernen, ging er weg, kehrte aber
halb wieder auf seinen Posten zurück. Das Landgericht
sprach ihn frei, weil durch seine Anwesenheit keine Verkehrs-
führung hervorgerufen worden sei. Die Staatsanwaltschaft
legte dagegen Revision ein und betonte, der Angeklagte hätte
der Anordnung des Polizeibeamten unbedingt Folge leisten
müssen, weil die Anordnung erzwungen war, um eine Ver-
kehrshinderung, die eintreten konnte, zu verhindern. Das
Kammergericht schloß sich dem an, hob die Vorentscheidung
auf und wies die Sache zur neuen Verhandlung und Ent-
scheidung an das Landgericht in Dortmund zurück. —
Wieder ein Beweis dafür, daß wir in einem Polizei-
staate leben.

Der diesjährige Parteitag, der bekanntlich laut
Beschluss des Senner Parteitages in Mannheim ab-
gehalten wird, soll vom 16. bis 22. September
stattfinden.
Genosse Eduard Bernstein hat nebst seiner Frau
in einer der letzten Nächte in erster Lebensgefahr geschwebt.
Auscheinend infolge eines Defektes der Zentralleitung war
sowohl das in das Schlafzimmer gedrungene, daß Bernsteins
Frau bereits bewusstlos geworden war und auch Bernstein
selbst mehrere Stunden brauchte, ehe er mit ärztlicher Hilfe
wieder in den Besitz seines Bewußtseins und seiner Kraft
gelangte.

Gegen die Breslauer Polizeitaten hielten die
Dresdener Genossen eine große Protestversamm-
lung ab. Genosse H. Zimmer-Breslau referierte. Er
erzählte u. a., der Polizeichef Diebold, dem die Hand
abgehauen wurde, habe ihn wörtlich erklärt: Kollege, ich bin
ein Ch-ist gewesen, aber durch den Polizeifabel bin ich eines
anderen belehrt worden. Sei besichert, mit der einen Hand
werde ich meine Pflicht als aufgestellter Arbeiter erfüllen.
Als der Redner schließlich auf die Dresdener Revolution
vom 9. Mai 1849 zu sprechen kam, entzog ihm der über-
wachende Polizeibeamte das Wort, und als die Versamm-
lung durch Beifall protestierte, sprach er, nach alter fälschlicher
Sitte, wegen Mißachtung der polizeilichen Autorität die
Ausschließung aus! — So gesah sich Polizeitaten zu
Polizeitaten.

Russische Einigungskongresse. Jetzt tagt im Aus-
lande der Einigungsparteitag der sozialdemokratischen Arbeiter-
partei Russlands. Es liegt noch kein ausführlicher Bericht
über den Verlauf des gesamten Parteitages vor; wie sich
aber nach der „Drap. Volksztg.“ schon in der Lage, einige
über die ersten Verhandlungstage mitzuteilen. Beim Zu-
sammentreten der Delegierten stellte es sich heraus, daß die
frühere Majoritätsfraktion (Fraktion Zentr) nun in der Mi-
norität ist, und daß jetzt die Minoritätsfraktion die größere Hälfte
der Delegierten stellt. Die Gesamtzahl der Delegierten be-
trägt 187, was eine sehr starke Beteiligung darstellt. Auf
dem Parteitage von 1903 waren es nur 47. Unter ihnen
sind viele hervorragende Parteiführer — so Wexanoff,
Benin, Dahn und andere. Am Erscheinen verhindert sind
der Genosse Martoff, der Führer der Minoritätsfraktion, ebenso
die Genossen Parvus und Trocki, die sich alle in Festungs-
haft befinden. Bei Feststellung der Tagesordnung beantragt
die Minoritätsfraktion, die Frage über die Einigung mit den
nationalen sozialdemokratischen Organisationen als 1. Punkt
der Tagesordnung zu behandeln, damit im Falle einer
allseitigen Lösung dieser Frage die Vertreter dieser nationalen
Organisationen (des Bundes der polnischen Sozialdemokratie
und der lettischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei) schon
an den weiteren Verhandlungen teilnehmen können. Dieser
Antrag wird jedoch abgelehnt und man beschloß, die Frage
über die Einigung mit den anderen sozialdemokratischen
Parteien einer Kommission zu überweisen. Nach der Ein-
setzung einer Kommission über die Einigungsfrage mit den
erwähnten sozialdemokratischen Organisationen wird zu den
Verhandlungen über den ersten Punkt der Tagesordnung ge-
schritten. Ueber diese Verhandlungen fehlt jedoch noch ein
ausführlicher Bericht.

Nachlässe zum Eisenacher Wahlkrawall. Die
Darstellung der Vorgänge bei dem sogenannten Wahlkrawall
in Eisenach, wie sie der Bezirksdirektor Trautvetter in Eisen-
ach

nach befehlt hatte, hat bekanntlich im wärmischen Unblut
und auch im Reichstage zu lebhaften Auseinandersetzungen
geführt. Der Bezirksdirektor hatte sich bemüht, die ganze
Schuld der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben. Den
Antrag betreffend den Schutz der Versammlungsfreiheit spiel-
ten die Angaben des Eisenacher Bezirksdirektors eine groß-
e Rolle. Abg. Baudert wies demgegenüber auf den Wert
einer solchen Darstellung hin, indem er behauptete, daß der
Bezirksdirektor positiv unwahre Behauptungen aufgestellt
habe. — Letzterer hatte auch die freisinnige „Eisenacher
Tagzeitung“ behauptet. Sie beschuldigte den Bezirksdirektor,
daß er die Vorgänge bei der Reichstagswahl in Eisenach so
darzustellen habe, wie sie sich „in seinem Kopfe abgemalt“
hätten. Darüber war der Herr Bezirksdirektor aufgebracht.
Er schickte dem Werte eine langatmige „Berichtigung“, die
aber nur zu einem Teile Aufnahme fand. Dabei wiederholte
die „Eisenacher Tagzeitung“ ihre Behauptungen, daß die Dar-
stellungswiese des Bezirksdirektors der Wahrheit widerspreche.
Nunmehr trat der Herr Bezirksdirektor den Staatsanwalt
an Hilfe an. Er, der früher selbst Staatsanwalt war
scheint nach alledem sicher auf eine Verurteilung des ren-
tanten Redakteurs gerechnet zu haben. Doch hat er sich ver-
rechnet. Obwohl die Staatsanwaltschaft im öffentlichen In-
teresse dem Wunsche des Bezirksdirektors entsprach und das
Verfahren einleitete, wurde keine Verurteilung des
Redakteurs erzielt.

Was Was und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.
Gelegentlich des Kaiserbesuches in Gnesen kritisierte
das Posenener Polenblatt „Polonia“ die Verurteilung des Er-
zbischofs Stabilewski, daß sämtliche Gloden säulen. Der
Rebelleur Malowski wurde wegen Majestätsbeleidigung zu
3 Monaten Gefängnis verurteilt. — Von der Strafkammer
in Grätz wurde der Belegschaftsleiter Ciolek wegen ange-
leglicher Majestätsbeleidigung, die er in trunkenem Zustande
begangen haben soll, zu sechs Monaten Gefängnis
verurteilt.

Wieder ein Verbot des Schlepentragens. Die
Stadt Ziegenhals in Schlesien beschloß als zweite
deutsche Stadt nach dem Vorgang von Nordhausen das
Verbot des Schlepentragens innerhalb des
Stadtgebietes bei Androhung hoher Geld- bzw. Gefän-
gnisstrafen.

Von einem Hunde zerfleischt und getötet wurde
in Berlin der 14jährige Sohn Albert des Böttchermeyers
Strege. Dieser hält im Keller des Hauses Neue Königstraße
in einem Holzverschlag einen Ferkel, den er fleisch selbst
mit Futter versorgt. Gegen den Willen seines Vaters hatte
der junge Albert St. am Sonnabendabend dem Hund Futter
gereicht. Ob nun der Knabe hierbei den Hund genickt hat,
ist nicht beobachtet worden. Plötzlich hörte man gellende
Hilferufe, gleichzeitig das wütende Bellen des Tieres. Den
herbeieilenden Hausbewohnern bot sich ein furchtbarer An-
blick. Die wütende Bestie war dem Jungen an die Kehle
geklungen, hatte diese durchbissen und war dann über den
am Boden liegenden Knaben, der sich mit Händen und
Füßen gegen seinen Angreifer wehrte, hergefallen. Drei be-
herzte Arbeiter drangen auf das Tier ein, vermochten es
jedoch anfangs nicht von seinem Opfer zu trennen. Mit
einer Heugabel mußte schließlich der Hund niedergedrückt
werden, nachdem er noch einem Arbeiter beide Hände zer-
bissen hatte. Ein Arzt war sofort zur Unfallstelle geeilt,
er konnte jedoch den Knaben nicht mehr retten. Zur Feststellung,
ob hier ein Fall von Tollwut vorliegt, hat die Polizei den
Hundskaberer beschlagnahmt.

Ermittelt. Wie aus Berlin berichtet wird, ist der
Rauchorderversuch in der Weizener Straße jetzt aus-
geführt, der Täter verhaftet. Es ist der 18 1/2 Jahre alte
Arbeitsbürsche Ernst Heim aus Erfurt, ein entsprungenen
Fürsorgezögling, der jetzt auf fester Tat bei einem Fahr-
raddiebstahl ergriifen wurde. Bei seinem Verhör über den
Fahrerabstich gestand er auch einen Einbruch in das
Barenhaus von Berger in Werder a. S. und später auch
die Tat in der Weizener Straße zu.

Benzinexplosion. Bei einer Benzinexplosion, die in
einer Fabrik in Berlin stattfand, wurden zwei Personen, der
Berkmeister Richard Schulz und der Schlosser Bruno Kaiser,
durch Brandwunden im Gesicht und an den Händen schwer
verletzt.

Eifersuchtsdrama. Wie aus Kassel gemeldet
wird, wurde bei Altesmünden im Saureland ein junger Mann
von zwei anderen aus Eifersucht totesgeschlagen. Die
Täter sind verhaftet worden.

Nach dem Genuß von Fleisch erkrankt. Aus
Waldshut wird der „Bf. Bzg.“ gemeldet: In Unterappfen
sind an den Folgen des Genusses von Fleisch eines wegen
Krankheit „notgeschlachteten“ Kalbes mehrere Personen er-
krankt, und der 85jährige Landwirt Widmer sowie dessen
Schweiger sind gestorben. Staatsanwalt und der Bezirks-
staatsanwalt haben sich zur Untersuchung bereits an Ort und
Stelle begeben.

Durch eine Lawine sind in dem Stubater Alpen
zwei Arbeiter verunglückt.

Schweres Unglück. Auf der Escher Ergrube in
Luzemburg stieß eine elektrische Maschine mit einem mit
Eisenketten beladenen Wagen zusammen. Ein Arbeiter
wurde sofort getötet, zwei Monteur wurden tödlich
verletzt.

Flüchtlingslos. Am 1. April traf in Sibney der
von den Skandinavien kommende Dampfer „Willehad“
ein und brachte die Nachricht mit, daß an einem wenig be-
kannten Teile der Küste von Neu Westland sechs Fran-
zosen in einem jämmerlichen Zustande angetroffen worden
seien. Sie erzählten, daß sie vor zwölf Monaten mit zehn
anderen Gefährten, sämtlich ebenso wie sie selbst entflohenen
Berberer, aus Numea (Neukaledonien) entwichen seien.
Ihre Flucht bewerkstelligten sie auf Schiffen; das ihre sei vier
Monate umhergetrieben und habe während dieser Zeit über
3000 Kilometer zurückgelegt; da und dort hätten sie sich auf
keinen Inseln mit Mandvoret und Wasser versehen. Jetzt
sei ihr Schiff zertrümmert und sie suchten nach Aufstellungen von
Herbertshöhe gebracht; über das Schicksal ihrer Lebens-
gefährten ist nichts bekannt.